IMT Nuremberg Archives

H – 737

International Court of Justice

H0737-0001

H0737-0002

Notice.

Not to be publicized until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

A ne pas publier avant présentation devant le tribunal en session publique et seulement la partie réellement versée au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jener Teil, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

INHALTSVERZEICHNIS DES DOKUMENTENBUCHES R O S E N B E R G TEIL II

Ro.Nr.	Dok.Nr.	Exh.Nr.	Inhalt:	Seite:	Def.Exh.
o.9	D30-PS	---	Vermerk ueber eine Unterredung mit dem GBA. Sauckel am 14.4.43	1	
o.10	---	---	Auffassung des Reichskommissars Koch ueber seine Stellung vom 5.2.42	3	
o.11	194-PS	---	Geheime Verordnung Rosenbergs an Koch ueber wuerdige Behandlung von Zivilisten in der Ukraine vom 14.12.42	4	
o.12	195-PS	---	Verhalten der deutschen Behoerden und die Stimmung der ukrainischen Bevoelkerung. Erlass vom 13.5.42	12	
o.13	192-PS	---	Memorandum Kochs an Rosenberg. Geschwerde ueber die Kritik Rosenbergs und Rechtfertigung seiner Politik in der Ukraine vom 16.3.43.	14	
o. 14	---	---	Schreiben Rosenbergs an den Reichsminister Dr.Lammers, enthaltend sein Abschiedsgesuch an den Fuehrer vom 12.10.44	27	
o. 15	3761-PS	---	Rosenbergs Brief an Hitler mit dem Ersuchen , ihn nicht als Reichskandidaten zu benennen vom Jahre 1924	41 a	
o. 16	---	----	Rosenbergs Brief an Hitler vom Jahre 1933 betreffend seine Entlassung als Hauptschriftleiter des "Voelkischen Beobachters" -Allowed but not obtained -		
o. 17	---	---	Erlass Hitlers an Rosenberg vom Juni 1943 mit der Weisung, sich in der Ostverwaltung auf das Grundsaetzliche zu beschraenken. -Schriftstueck noch nicht bewilligt -		
o. 18	---	---	Brief Hitlers an Rosenberg vom Jahre 1933, in welchem Hitler Rosenberg die Gruende mitteilt, warum er nicht im Reichstag mitarbeiten und sich deshalb nicht an den Wahlen beteiligen will. -Schriftstueck noch nicht bewilligt -		
o. 19	---	---	BBericht des Hauptabteilungsleiters Staatssekretaer Riecke im Ostministerium an Rosenberg ueber Ablehnung von Misstaenden im Osten vom 30.3.43	42	
o. 20	1997-PA	USA 419	Auszugsweise Abschrift aus den photokopiert vorgelegenen Akten der Praesidialkanzlei betr.Kabinett Hitler, Ernennungen der Behoerden in den besetzten Ostgebieten.	46	
o.21	031-PS	USA 171	Memorandum des Ministers fuer die besetzten Ostgebiete ("Heu-Aktion")v.14.6.44	59	
o.22	018-PS	USA 186	Brief Rosenbergs an Sauckel betr.Versorgung der Ostarbeiter im Reich v.23.12.42	64	

H0737-0003

No.Nr.	Dok.Nr.	Exh.Nr.	Inhalt:	Seite: Eef.E:
No.23	1015-PS	USA 385 RF 1401	"Einsatzstab im Westen und Osten".	71
	Teil B	RF 1323	Arbeitsbericht ueber die Zeit vom Oktober 1940 bis Juli 1944 (Sonderstab Bildende Kunst)	72
	Teil C	---	Brief Rosenbergs an den Reichskommissar Ostland in Kauen (Kowno) betr.Sicherstellung von Kulturguetern in den besetzten Ostgebieten vom 2o.8.41	78
	Teil D	---	Brief Dr.Lammers an die obersten Reichsbehoerden und die dem Fuehrer unmittelbar unterstehenden Dienststellen vom 5.7.42	79
	Teil F	---	Schreiben des Oberkommandos der Wehrmacht an den Wehrmachtsbefehlshaber in den Niederlanden vom 3o.10.40	80
	Teil H	---	Brief Rosenbergs an die obersten Reichsbehoerden betr.Errichtung einer Zentralstelle zur Erfassung und Bergung von Kulturguetern in den besetzten Ostgebieten vom 13.6.42 und Verwahrung Goerings Kunsthandel zu treiben vom 3o.5.42	84
	Teil K	RF 1336	Erneute Beauftragung Rosenbergs Bibliotheken, Archive, Logen und der in Besitz oder Eigentum von Juden befindlichen herrenlosen Gueter, fuer Forschungsarbeiten der Hohen Schule zu beschlagnahmen vom 1.3.42	86
	Teil N	RF 1340	Erlass des Oberkommandos des Heeres betreffend Einsatzstab Rosenberg v.3o.9.42	89
	Teil Qu	---	Schreiben des Reichsministers fuer die besetzten Ostgebiete an die Reichskommissare fuer das Ostland und fuer die Ukraine betr.Sicherstellung von Kulturguetern, Forschungsmaterial und wissenschaftlichen Einrichtungen in den besetzten Ostgebieten vom 7.4.42	94
	Teil V	---	Geheimes Schreiben an Militaerbefehlshaber in Frankreich, Paris... Militaerbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich, Bruessel, betreffend die Moebelaktion vom 28.1.42	98
	Teil W	---	Schreiben Dr.Lammers an den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht betr.Verwertung juedischer Wohnungseinrichtungen in den besetzten westlichen Gebieten vom 3.12.41	99
	Teil Y	---	Brief Lammers an Rosenberg betr.Verwertung juedischer Wohnungseinrichtungen in den besetzten westlichen Ostgebieten v. 31. 12.1941.	103
	Teil Z	---	Aktennotiz fuer den Fuehrer betr. juedisches Eigentum in Frankreich v. 18.12.41.	104

H0737 – 0004

H0737 - 0005

Ro.Nr.	Dok.Nr.	Exh.Nr.	Inhalt:	Seite:	Def.Exh.
Ro.24	1058-PS	USA 147	Auszugsweise Abschrift aus der Rede Rosenbergs an die am Ostproblem Beteiligten am 20.6.41		
Ro.25	2889-PS.	USA 595	Auszug aus dem Aufsatz im "Voelkischen Beobachter" Schlussrede bei bei Eroeffnung des Instituts zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt vom 29.3.41	112	
Ro.26	004-PS	GB 130	Die politische Vorbereitung der Norwegenaktion, vorgelegt am 9.1.1946	113	
Ro.27	L 221	USA 317	Auszugsweise Abschrift aus der Besprechung zwischen dem Fuehrer, Keitel, Rosenberg, Goering und Lammers vom 16.7.41	123	

-

Ferner werden als Beweismittel bezeichnet:

Ro.28 — 1.) DOCUMENT BOOK ALFRED ROSENBERG
Counsel: Seymour Krieger, Captain, MI.
Presented by: Walter W.Brudno, Section IV.

Ro. 29 — 2.) EXPOSE DU MINISTERE PUBLIC PILLAGE DES OEUVRES D'ART SECTION ECONOMIQUE/
Band 1 und 2.

Ro. 30 — 3.) REQUISITOIRE INDIVIDUEL ALFRED ROSENBERG
Dossier presente par M.Pierre Mounier.

Ro. 31 — 4.) BRITISH DOCUMENT BOOK NO. 3 (Englisch)
Agression against Norway & Denmark.

Ro. 32 — 5.) TRIAL BRIEF - A -
Common objective, methods and doctrines of the conspiracy.
Robert H.Jackson.
Of counsel: Lt.P.Johnston, U.S.N.R.

Ro. 33 — 6.) TRIAL BRIEF - H -
Suppression of the christian churches in Germany.
Robert H.Jackson.
Of counsel: Lt.(Jr) A.R.Martin, U.S.N.R.

H0737 - 0006

Abschrift
~~Dok.~~ 020-PS

Ro.9
Defenxe Exh.No.....

Vermerk ueber eine Unterredung mit dem GBA. Sauckel am 14.4.1943.

Ich wies Pg. Sauckel auf die Zustaende in der Ukraine hin, besonders Generalbezirk Wolhynien und Podolien, und bat ihn, mir mitzuteilen, wie er seine Aufgabe ansehe. Gauleiter Sauckel erklaerte, er sei vor 14 Tagen beim Fuehrer gewesen und haette jetzt noch den Reichsmarschall gesprochen. Es stehe so, dass der Fuehrer im Laufe dieses Jahres noch eine Million zusaetzlich an Arbeitskraeften nach Deutschland bringen muesse.

..... Gauleiter Sauckel betonte, dass er hier durchaus meiner Meinung sei, er denke auch nicht daran, seinen Namen mit Sklavenein-fang fuer die Zukunft zu beflecken, sondern er wuerde alles tun, um eine an-staendige Regelung dieser Fragen herbeizufuehren. Er denke es sich so, dass die Militaerbehoerden sicher noch eine sehr grosse Anzahl einheimischer Arbeiter gehortet haetten, die er ihnen abnehmen muesse.

..... Wenn er, Sauckel sage, dass er seinen Auftrag vom Fuehrer erfuellen muesse, so muesse auch ich meinerseits erklaeren, dass die ganzen Rekrutierungen eine Grenze in der Leistungsfaehigkeit fuer Wirt-schaft und Landwirtschaft haetten, und dass die politischen

Auswirkungen genau ueberschen werden muessten, um nicht das ganze Land in Aufruhr zu bringen, wie es dank der unglaublichen Politik des Reichskommissars Koch im Generalbezirk Wolhynien und Podolien heute geschehen sei. Ich unterrichtete darauf Gauleiter Sauckel von dem persoenlichen und sachlichen Konflikt mit dem Reichskommissar Koch.
Ferner teilte ich Sauckel mit, was das Ministerium an Propaganda fuer den Arbeitseinsatz getan haette.

..... Ich halte es fuer notwendig, den Namen "Ost" nicht mehr anzuheften, sondern ein Abzeichen mit dem Buchstaben der nationalen Zugehoerigkeit zu schaffen.

H0737 - 0007

Abschr.a.d.Akt Ukraine Ro 10

Ro. 10
Defense Exh.No. .....

Der Reichskommissar
fuer die Ukraine

Koenigsberg (Pr.), den 5.II.1942

Meine Auffassung ueber die Stellung
des Reichskommissars.

Der Reichskommissar ist der einzige Vertreter des Fuehrers bezw. der Reichsregierung in dem ihm uebertragenen Gebiet.

Er uebt im Namen und Auftrag des Fuehrers und der Reichsregierung alle Befugnisse aus, die zur Durchfuehrung seines Auftrages notwendig sind. Ihm untersteht die gesamte Verwaltung seines Gebiets im zivilen Bereich - Par. 9 Abs. des Erlasses des Fuehrers vom 17. Juli 1941.

Der Reichskommissar hat damit alle Hoheitsrechts - summum imperium - mit Ausnahme der Wehrhoheit - Par. 3 Abs. 1 a.a.O. - und fuer die Dauer der Operationen der Bahn- und Posthoheit - Par. 9 Abs. II a.a.O.

Hieraus ergibt sich, dass der Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete seine Anordnungen fuer die besetzten Ostgebiete nur gegenueber dem Reichskommissar treffen kann Par. 7 -, die Durchfuehrung dieser Anordnung ist ausschliesslich Aufgabe des Reichskommissars - Par. 9 Abs. 1. Der Reichskommissar haftet mit seiner Person fuer die ordnungsgemaesse Durchfuehrung der ihm gegebenen politischen und sonstigen Weisungen. Er kann bei Nichtbefolgung abberufen werden.

Alle Dienststellen des Reichs muessen daher - unbeschadet des Aufsichtsrechts des Reichsministers fuer die besetzten Ostgebiete in letzter Instanz - dem Reichskommissar unterstehen. Es gibt damit fuer diese Dienststellen auch keinen unmittelbaren Dienstweg an zentralen Reichsstellen.

gez. Erich K o ch

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Schriften, die mir in Fotokopie vorlagen, wird bestaetigt.
Nuernberg, 20. Maerz 1946 gez.Dr.A.Thoma, Ldgdir.
Verteidiger Rosenbergs.

H0737-0008

Abschrift

Ro. 11
Defense Exh. No.....

Geheime Verordnung Rosenbergs an Koch. Behandlung von Zivilisten in der Ukraine.

Der Reichsminister

fuer die besetzten Ostgebiete

Berlin, den 14.12.1942
-743/42 geh. R/H. -

G e h e i m !

An den

Herrn Reichskommissar fuer die Ukraine
Gauleiter Erich K o c h

R o w n o

Die militaerische und politische Lage im Osten erfordert nachdruecklich ste Ueberpruefung der Gesamthaltung eines jeden in den besetzten Gebieten mit einer Aufgabe betrauten Deutschen.

H0737 - 0009

..... Es ist deshalb notwendig, nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als ob die Ukrainer unter der deutschen Herrschaft ueberhaupt keinerlei Hoffnungen mehr haetten, weder politisch noch wirtschaftlich noch sozial noch kulturell. Das Aufgeben einer jeden Hoffnung wuerde notwendigerweise zu fortschreitender Sabotage fuehren. Und wenn es auch durch Machtmittel moeglich ist, das Geerntete das eine oder andere Mal herauszuholen, mit einer dauernden Machtanwendung erscheint es nicht moeglich, die Arbeitsleistung staendig auf einer Hoehe zu halten, wie sie im vergangenen Jahr noch erreichbar gewesen ist.

..... Das deutsche Ansehen verlangt, dass eine durch eine deutsche Dienststelle erlassene Anordnung ohne Einschraenkung durchgefuehrt wird. Das setzt aber voraus, dass jede Weisung in ihrer Folgerung ueberlegt und in ihrer Darstellung so klar abgefasst wird, dass die Betroffenen sie auch durchzufuehren in der Lage sind.

In Deutschland erblicken die Volker des Ostens von jeher den Traeger einer gesetzlichen Ordnung, die, wenn auch mit Haerte verbunden, nicht Ausdruck der Willkuer ist, wenn man den Voelkern des Ostens durch zweckmaessige gesetzliche Massnahmen verstaendlich zu machen vermag, dass zwar der Krieg

H0737 – 0010

furchtbare Haerten hat, dass aber Vergehen gerecht geprueft und beurteilt werden, so wird man diese Voelker leichter fuehren, als wenn man den Eindruck einer Willkuerherrschaft aehnlich der ihrigen erweckt. Die deutsche Verwaltung wird die Voelker des Ostens umso eher fuehren koennen, wenn mit einer klaren Durchsetzung ueberlegter Befehle auch die gerechte Aburteilung von Straftaten nebenher geht. Ein kleines Vergehen ist nicht mit ungebuehrlich hohen Strafen zu ahnden. Wenn durch zweckmaessige Massnahmen begruendete wirtschaftliche und soziale Hoffnungen gelassen werden, wenn die Verordnungen klar und durchdacht sind, dann kann die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit und die Arbeitsfreudigkeit erneuert werden, auch wo sie heute schon verschuettet erscheint. Die Notwendigkeiten des Krieges haben eine Schliessung der Hochschulen bedingt. Die Volksschule in ihrer vierjaehrigen Form soll durchweg erhalten werden, worauf eine dem praktischen Leben entsprechende fachliche Schulung einsetzen muss. Fuer das Veterinaerwesen, das Verkehrswesen, die Landwirtschaft und geologische Forschung usw. braucht die deutsche Verwaltung Kraefte, die das deutsche Volk zu stellen nicht in der Lage ist. Auf diesem Gebiet kann der ukrainischen Jugend, von der Strasse weggeschafft, das Bewusstsein vermittelt werden, an dem Wiederaufbau ihres Landes mitzuarbeiten. Es waere hierbei unzulaessig, dass deutsche Dienststellen in veraechtlichen Redensarten der Bevoelkerung gegenuebertreten. Eine derartige Haltung ist des Deutschen nicht wuerdig.

Deutschland ist durch seine Wehrmacht Herr ueber weite Gebiete des Ostens geworden. Jeder eingesetzte Deutsche muss sich deshalb auch der Verpflichtung bewusst sein, die er als Repraesentant des Deutschen Reiches und Volkes im Osten uebernimmt. Herr ist man durch entsprechende Haltung und Handlung, nicht aber durch aufdringliche aeusseres Gebaren. Nicht durch protzige Redensarten fuehrt man Voelker und nicht durch zur Schau gestellte Verachtung der anderen gewinnt man Autoritaet. -

H0737 - 0011

Herr ist man durch eine eigene Haltung, die den anderen Achtung vor den Deutschen abringen muss. Einstmals ist das deutsche Volk in der grossen Kaiserzeit das fuehrende Volk Europas gewesen, als das es auch von den anderen empfunden wurde. Dieses Erbe tritt nunmehr das deutsche Volk nach vierhundertjaehriger Unterbrechung wieder an, und jeder muss sich bemuehen, die vielleicht noch vorhandenen Umwelteinfluesse fruehrer deutscher Kleinstaaterei abzulegen und sich der neuen geistigen Sendung wuerdig zu erweisen.

.....

Aber ich habe bereits in einem Rundschreiben auch mitteilen muessen, dass sich einige wenige dieser Aufgabe nicht wuerdig gezeigt haben, dass diese die ihnen anvertrauten Aemter missbraucht und durch schaedliches Betragen sich unserer Uniform unwuerdig gezeigt haben. Sie sind sofort beseitigt worden. Es ist im besonderen die Aufgabe des Arbeitsbereichs Osten der NSDAP., und hier des Arbeitsbereichs Ukraine, die Haltung aller Deutschen zu festigen, das Bewusstsein der deutschen Sendung bei allen, gleich ob in der Zivilverwaltung oder in anderen Stellen, hochzuhalten und vor allem die Haltung aller Parteigenossen in den weiten Raeumen des Ostens im Sinne nationalsozialistischer Lebensauffassung zu sichern. Das erfordert auch Ueberpruefung nach der anderen Seite. Haben wir die Pflicht, uns jeder Willkuermassnahmen zu enthalten, so muessen wir auch jede Anbiederung von uns weisen. Wir haben im Osten nicht nationalsozialistische Weltanschauung bei anderen zu verwirklichen, sondern deutsche Politik zu machen.

H0737 – 0012

.....

Es bestehen demnach keine Bedenken, wenn bei einem Volksfest, wie z.B. das Erntefest, der Gebietslandwirt oder der Gebietskommissar eine Abordnung empfangen und nach einer Dankansprache aus der Bevoelkerung ihrerseits einige ermahnend oder dankende Worte fuer die geleistete Arbeit aussprechen oder ihnen kleine Geschenke machen. Es ist aber nicht moeglich, dass ein solches Fest mit einer verbruedernden Kneiperei endet, ganz abgesehen von sonstigen Annaeherungen. Wenn es moeglich ist, einzelne Bauern, Handwerker oder Arbeiter durch Gegenstaende des taeglichen Bedarfs oder durch das Verdienstabzeichen zu belohnen, so soll das in einer Weise geschehen, dass der Ausgezeichnete sich geehrt fuehlt und dadurch die anderen anspornt, ihm nachzueifern. Es bestehen ebenfalls keine Bedenken, wenn etwa bei Erntedankfesten Trachtentaenze aufgefuehrt und heimatlicher Gesang gepflegt werden. Auch in sonstigen Aeusserungen des Lebens kann man eher eine Ablenkung erblicken und soll nicht durch kleinliche Befuerchtungen auch dieses Ventil eines an sich nicht leichten Lebens zu schnueren.

.....

Nationalistisch-verschoererische Bestrebungen, wie sie namentlich von Emigranten und aus Galizien herueberreichen, sind zu beobachten und unschaedlich zu machen. Hierbei kann betont werden, dass das Deutsche Reich in ein Land gekommen ist, auf dessen Mitarbeit und Gefolgschaft es Wert legt. Es ist dabei selbstverstaendlich, dass mitten im Kriege keine grossen entscheidenden Aenderungen durchzufuehren sind.

H0737 – 0013

.....

Der Arbeitseinsatz und die Methoden seiner Durchfuehrung haben zu aeusserst schweren Folgen gefuehrt, die sich in der Gesamthaltung schon heute auswirken. Hier muss mit aller Deutlichkeit gefordert werden, dass stets die Gesetzlichkeit der Werbung auch fuer einen Eins atz ausserhalb der Ukraine klar herausgestellt wird. In einem so grossen Prozess ist es selbstverstaendlich nicht moeglich, auf die Dauer nur auf Freiwilligkeit zu rechnen. Eine behoerdlicher Nachdruck wird auch weiter vielfach nicht zu umgehen sein. Es muss aber vermieden werden, dass etwa die Schlangen vor den Theatern aufgebracht und nach Deutschland transportiert werden oder dass man die Ukrainer in eine Kino einladt und die Insassen von dort direkt nach Deutschland bringt.

.....

Der Bevollmaechtigte fuer den Arbeitseinsatz hat sich die erdenklichste Muche gegeben, um die Arbeitsbedingungen der Ostarbeiter zu regeln. Der Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete hat im Einvernehmen mit ihm die "Zentralstelle fuer Angehoerige der Ostvoelker" eingerichtet, um seinerseits fuer eine zweckentsprechende Behandlung wirksam zu sein.

-7-

H0737 - 0014

.....

.....

Andere Massnahmen dienen dazu, dass nicht uebertriebene Berichte ueber Einzelfaelle die Haltung der ukrainischen Bevoelkerung verschlechtern. Es muss aber auch festgestellt werden, dass eine ganze Anzahl von Ukrainern und Ukrainerinnen in deutschen Haushalten und Betrieben gut untergebracht sind und Dankesbriefe in die Heimat geschickt haben. Es ist die Aufgabe der dazu berufenen Stellen, derartige Briefe zu veroeffentlichen und nach und nach das Gefuehl einer Sicherheit vor Willkuermassnahmen hervorzurufen.

H0737 – 0015

H0737 - 0016

.....

Dieser Erlass ist als "Geheim" anzuschen. Er ist der gesamten Gefolgschaft vorzulesen, darf aber in keiner Weise vervielfaeltigt werden, sondern ist vom entsprechenden Hoheitstraeger verschlossen zu halten und je nach Bedarf bei Erlaeuterungen von Massnahmen heranzuziehen.

gez. A. Rosenberg

Dokument Nr. 194 Geheime Verordnung Rosenberg's an Koch. Behandlung der Bevoelkerung in der Ukraine.

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Schriften, die mir in Photokopie vorlagen, wird bestaetigt.
Nuernberg, 20. Maerz 1946 gez. Dr. A. Thoma, Ldgdir.
Verteidiger Rosenbergs.

Auszugsw. Abschr.
Dok.Nr. 195-PS

Ro. 12
Defense Exh. .....

Der Reichskommissar fuer die Ukraine.

An den

Herrn Reichsminister
fuer die besetzten Ostgebiete

in B e r l i n W 35
Rauchstr. 17/18.

Betr.: Erlass vom 13. Mai 1942. Verhalten der deutschen Behoerden und die Stimmung der ukrainischen Bevoelkerung.

Ich habe mich nach Erhalt des oben bezeichneten Erlasses des Eindrucks nicht erwehren koennen, dass dieser Erlass eine Kritik meiner bisherigen politischen Massnahmen gegenueber den Ukrainern bedeutet und dass gelegentliche kleine Uebergriffe mir nachgeordneter Dienststellen als Folgeerscheinung meiner politischen Weisungen angesehen werden .....

..... Was nun die Tatsache des Peitschens anbelangt, so trifft es zu, dass tatsaechlich einige Amtstraeger in unteren Stellen gepeitscht haben und peitschen liessen. Auch trifft es zu, dass von der SS 20 Mann ausgepeitscht wurden, aber nicht oeffentlich, sondern in einem Betrieb und nicht wegen kleiner Vergehen, sondern wegen Sabotage an kriegsentscheidenden Bauvorhaben

Genau so wie ich es 1939 als Chef der Zivilverwaltung in Polen den deutschen Beamten verboten habe, mit der Peitsche herumzulaufen, habe ich dies auch am 18. April 1942 durch einen Erlass, den ich in Abschrift beifuege, untersagt, obwohl mir heute noch gute Nationalsozialisten, die ich fuer die Sicherung der Erzeugung und Arbeitswerbung verantwortlich machen muss, immer wieder erklaeren, dass es ohne gelegentliche drastische Bestrafung auf frischer Tat sehr schwer ist, den von Natur geringen Arbeitseifer der Ukrainer wach zu halten.

H0737 – 0017

.....

Ich bitte nun Sie, Herr Reichsminister, uns die Durchfuehrung dieser Aufgaben zu erleichtern, indem Sie unberechigte Angriffe gegen meine politische Arbeit, die sich fortgesetzt wiederholen, unterdruecken. Ich bitte auch mein Ansehen nicht dadurch zu schwaechen, dass Sie Erlasse, di eine Kritik an mir enthalten, meinen nachgeordneten oder gaenzlich unbeteiligten Dienststellen zuschicken. Zur Bekanntgabe Ihres Erlasses vom 13. Mai an meine nachgeordneten Dienststellen bemerke ich, dass dessen wesentlichste Teile bereits bekannt sind, durch meinen "Peitschenerlass" vom 18. April 1942 und dadurch, dass ich den letzten Absatz auf Seite 3 Ihres Erlasses bereits seit Wochen fast woertlich zum Gegenstand meiner politischen Ausfuehrungen in Arbeitstagungen gemacht haben.

gez. Koch.

H0737 - 0018

Auszugsw.Abschr.
Dok.Nr. 192-PS

Ro. 13
Defense Exh. .....

Memorandum Kochs an Rosenberg. Rechtfertigung seiner Politik in der Ukraine.

Der Reichskommissar fuer die Ukraine

Rowno, den 16. Maerz 1943

An den

Herrn Reichsminister Alfred Rosenberg

Berlin W 35

Persoenlich

Verschiedene Erlasse des Herrn Reichsministers fuer die besetzten Ostgebiete aus der juengsten Zeit, in welchen in ungewoehnlich scharfer und mich verletzender Form meine Arbeit bemaengelt wurde und aus welchen sich Unkl heiten sowohl ueber die politische Linie als auch ueber meine rechtliche Stell ergeben mussten, habe ich zum Anlass genommen, um Ihnen, Herr Reichsminister, sen Bericht in denkschriftaehnlicher Form vorzulegen. Ich moechte dabei von vornherein betonen, dass mir bei dessen Abfassung nicht Sucht zur Kritik die H gefuehrt hat, sondern lediglich die Notwendigkeit, Ihnen, Herr Reichsminister, durch zahlreiche Beispiele zu zeigen, dass gewisse Unzulaenglichkeiten und Verschiedenartigkeiten der politischen Auffassung das Verhaeltnis zwischen Ihnen und mir unklar machen mussten.

O.S.7.

II.

Gemaess den Erlassen des Fuehrers ueber die Vereinfachung der Verwaltung habe ich mich bemueht, fortgesetzt Zustaendigkeiten, die zu meinem Erstaunen dann ploetzlich von Ihrem Ministerium fuer sich beansprucht wurden. Durch diesen Widerstand gegen die Verwaltungsvereinfachungen werde ich bezwungen, mich mit Sachen zu befassen, die abschliessend in der Instanz der General-Kommissare behandelt werden koennten. Darueber hinaus bedeuten diese Zustaendigkeitsvorbehalte meines Erachtens aber auch ein gewisses Misstrauen gegen mic da die zustaendigen Sachbearbeiter des dortigen Ministeriums anscheinend glaube mehr Verantwortung fuer die Ukraine zu tragen als ich selbst. Ich bitte, es mir nicht zu verueb eln, wenn ich hier den Ausdruck "Bevormundung" gebrauche.

H0737 - 0019

O.S.11.

So wird mir z.B. von Ihrem Ministerium mit Erlass vom 12.1.1943 I h 170/42 mitgeteilt, dass eine Ostarbeiterin Anna Prichno aus Smygalowka geklagt habe, dass ihre in der Ukraine zurueckgebliebenen Eltern die Steuern nicht bezahlen koennten. Es wird mir nicht nur aufgegeben, diese Steuern zu streichen oder auf die Haelfte zu ermaessigen, sondern auch "ueber das Veranlasste zu berichten". Wieviel Arbeitsvorgaenge hierzu bei mir, beim Generalkommissar, beim Gebietskommissar und auch im dortigen Ministerium notwendig sind, ist leicht zu errechnen.

O.S. 13.

In neuerer Zeit werden mir zahlreiche Einzelbeschwerden von Osterbeitern, die im Altreich taetig sind, zugeleitet und zwar werde ich in jeden Einzelfall zum Bericht aufgefordert, meistens mit so kurzer Berichtsfrist, dass diese schon unmoeglich einzuhalten ist. Ich habe hierzu mit Bericht vom 28.1.II b/4 47603 bereits Stellung genommen.

"Es handelt sich um Beschwerden, dass der Familienunterhalt nicht gezahlt wird, dass die Angehoerigen keine Kohlen bekommen, dass die Lebensmittelration zu gering ist.

H0737 - 0020

s.o. 15 & 16

Es wirkte daher befremdend, wenn in dem Erlass I/41 vom 22.11.1941 das ukrainische Volk als stark mit germanischem Blut durchsetzt bezeichnet wird, woraus sich seine beachtenswerten kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen erklaeren sollen. Wenn aber gar in einem Geheimerlass vom Juli 1942, auf den ich am Schluss dieses Abschnittes noch naeher zu sprechen komme, festgestellt wird, dass es sehr viel Beruehrungspunkte zwischen dem deutschen und ukrainische Volke gibt, so muss das Befremden einem gewissen Erstaunen Platz machen. Dieser Erlassentwurf verlangte nicht nur korrekte, sondern liebenswuerdige Umgangsformen den Ukrainern gegenueber.

.....

"Auch nachstehend moechte ich noch einige Beispiele fuer die mangelnde Zurueckhaltung den Ukrainern gegenueber angeben. So wird mir z.B. mit Erlass vom 18.6.1942 II 6 f 6230 mitgeteilt, dass von Ihnen fuer insgesamt 2,3 Millionen Reichsmark ukrainische Schulbuecher zu Lasten meines Haushalts beschafft werden wuerden, ohne mit mir ueberhaupt vorher Verbindung aufzunehmen. Es sollten 1 Million Fibeln, 1 Million Lesebogen, 300000 Schulbuecher, 500 000 Sprachbuecher, 200 000 Rechenbuecher in einer Zeit beschafft werden, in der fuer deutsche Schulkinder kaum das notwendigste Papier zur Verfuegung steht und in welcher vor allen Dingen bereits die Abschaffung der kyrillischen Schriftzeichen schwebte.

H0737 – 0021

.....

O.S. 21-25.

Es ist selbstverstaendlich, dass aus meinem Reichskommissariat nicht 1 1/ Millionen Menschen nach Deutschland gebracht werden koennen, ohne dass hierbei die deutsche Verwaltung eine gewisse Haerte zeigt. Die Werbung erfolgt mit gesetzlichen Mitteln. Bei Uebergriffen schreite ich ein. Es ist nicht notwendig, dass durch mehrfache Erlasse Ihres Ministeriums und durch fernmuendliche Vorstellungen immer wieder darauf hingewiesen wird, dass jeder Zwang bei der Arbeiterwerbung zu unterbleiben hat. Ministerialdirigent Dr. Braeutigam verlangt, dass bei jedem Fall von Zwangsanwendung bei der Deutschlandwerbung ihm zu berichten sei. In meinem Erlass vom 30.5.1942 habe ich fuer die nordwolhynischen Waldgebiete, wo es in ei

H0737 - 0022

Kreisgebiet zu offenen Widersetzlichkeiten gegen die Werbekommission gekommen angeordnet, dass zur Aufrechterhaltung der deutschen Autoritaet bei Widerstand gegen die Werbung zu Zwangsmitteln bis zur Niederbrennung von Gehoeften geschri werden soll. Der Erlass war an den Generalkommissar gerichtet, damit war die Ei schaltung der Hoheitstraeger bei dieser Kollektivbestrafung genuegend gewaehrle Gegen diesen Erlass wurden muendlich und fernmuendlich von Ihnen Gegenvorstellu erhoben.

.....

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Reihe der Vorwuerfe, welche Ihr Ministerium meiner Fuehrung macht, die Behauptung des Pruegelns der Ukrainer. Tatsaechlich sind einmal in Kiew von der Polizei im November 1941 ca. 20 Ukraine verpruegelt worden, weil sie den wichtigen Brueckenbau ueber den Dnjepr sabotier Ich habe von dieser Massnahme nichts gewusst. Haette ich's gewusst, so haette ic sie wahrscheinlich gebilligt, haette ich aber gewusst, welchen Rattenschwanz vor Pruegelvorwuerfen dieser Akt bewirken wuerde, so haette ich die Ukrainer wahrscheinlich wegen Sabotage erschiessen lassen. Ich habe lange bevor Ihr Verbot de Peitschens erging, bereits meinen Verwaltungsfuehrern das Herumlaufen mit der Re peitsche verboten, weil ich die Peitsche nicht als ein Attribut des deutschen He tums bezeichnen kann.

"Wenn sich heute ein Ukrainer, sei er Emigrant oder Landesinwohner bei Ihnen bes er waere gepruegelt worden, dann werde ich zum Bericht aufgefordert.

.....

Wenn ich hier mehr Erlasse gegen das Pruegeln herausbringe als tatsaechlich gepruegelt wird, mache ich mich laecherlich."

H0737 - 0023

.....

O.S. 31-35.

Als Hoehepunkt der Beziehungen zwischen Ihrem Hause und der ukrainischen Emigration moechte ich folgendes erwaehnen:

Im Juli 1942 ist in Ihrem Ministerium ein Geheimerlass entworfen worden, den ich bereits am Anfang dieses Abschnittes einmal erwaehnte. In diesem Erlassentwurf werden u.a. zunaechst die Beruehrungspunkte zwischen den Ukrainern und dem deutschen Volk festgestellt, nachdem als Ausgangspunkt die Achtung vor den hochentwickelten Bewutsein des ukrainischen Volkes verlangt worden ist. Hierdurch soll ein hohes Mass kultureller Selbstverwaltung gerechtfertigt sein, das von der deutschen Fuehrung eingeraeumt werden muesste, zumal, wie der Erlas meint, Voelker dieser Groesse nicht in dauernder Abhaengigkeit gehalten werden koennten und der Ostfeldzug im uebrigen ein politischer Feldzug und kein wirtschaftlicher Raubzug sei.

Der Erlass verlangt in seinem Entwurf dann weiterhin den Ukrainern gegenue nicht nur korrekte, sondern liebenswuerdige Umgangsformen, gepaart mit einer ni nachlassenden Hilfsbereitschaft.

H0737 – 0024

.....

Mit Erlass vom 21.11.Nr. I 6 b 4240/42 wird mir zum Vorwurf gemacht, dass ich einen Erlass ueber die Schliessung von Schulen an die mir nachgeordneten Dienststellen herausgegeben habe, ohne mich Ihrer Zustimmung zu versichern. Es wird hierbei auf 2 Erlasse Bezug genommen, die es mir zur Pflicht gemacht haben, Verordnungen im Entwurf vorzulegen, dass Sie diese Pflicht auch auf die Vorlage von Erlassen ausdehnnn wollen, erscheint mir zu weitgehend. Wie notwendig die von dort beanstandete Schliessung von ueberfluessigen Fachschulen war, habe ich in weiteren Berichten vom 27.11.1942 und vom 23.1. 1943 eingehend ausgefuehrt. Ich nehmen an, in dieser Angelegenheit vernuenftig und im Interesse von Front und Heimat gehandelt zu haben. Trotzdem haben Sie, Herr Minister, am 23.3.1943 mit Erlass F I 230/43 geh. den Generalkommissaren eine andere Schulpolitik befohlen.

Durch diesen Erlass bin ich als Reichskommissar auf dem Gebiet des Schulwesens voellig ausgeschaltet worden. Waehrend ich als kriegswichtig nur die 4-klassige Volksschule und darueberhinaus die Fachschulen fuer besonders kriegswichtige Berufe anerkannte, ordnen Sie folgenden Schulaufbau an:

1. 4-klassige Volksschule,
2. 3-klassige Mittelschule,
3. Berufsvorschule,
4. Berufsschule
5. Fachschule,
6. hoehere Fachschule.

H0737 – 0025

.....

Es hat von mir als alten Gauleiter noch niemand verlangt, dass ich ihm die Artikel die ich schreibe, vorzulegen habe, denn von der politischen Verantwortung, die ich fuer einen mit meinem vollen Namen gezeichneten Artikel trage, kann mich ja wohl ausser dem Fuehrer niemand entbinden.

H0737 – 0026

H0737 – 0027

S.44

Abschliessend moechte ich zu diesen Ausfuehrungen ueber meine Zustaendigkeiten noch das Verhaeltnis der Reichskommissare zum Fuehrer beruehren. Ich bin es als alter Gauleiter gewohnt, mit meinen Sorgen und Wuenschen zu meinem Fuehrer zu gehen und dieses Recht ist mir in meinem Amt als Oberpraesident auch durch meinen vorgesetzten Minister nie bestritten worden. Ich habe jedoch zum mindestens den Eindruck, dass vom Ostministerium Ansaetze gemacht worden sind, um mir dieses Recht zu nehmen. Mit Erlass vom 21. August 1942 II 1e 1296 werden die nachgeordneten Dienststellen angewiesen, dem Fuehrer nicht Meldung zu erstatten.

Mit Erlass I 6 b 4702/42 wird mir befohlen, Berufungen auf den Willen des Fuehrers in Berichten an Sie zu unterlassen, da die Uebermittlung dieses Willens ausschliesslich Ihre Angelegenheit waere. Ich muss hierzu bemerken, dass der Fuehrer mir als alten Gauleiter durchaus seine politischen Weisungen wiederholt mitgeteilt hat und dass er auch mir unterstellten Personen gelegentlich seine Auffassung ueber die Ukrainepolitik bekanntgegeben hat. Die Befolgung und Bekanntgabe dieser Weisungen und gelegentliche Berufung darauf habe ich als meine unbedingte Pflicht empfunden. Ich bitte, mich ausdruecklich zu belehren, wenn ich in diesem Punkt eine Haltung eingenommen haben sollte, die von Ihnen nicht gebilligt wird.

Wenn man den Reichskommissaren noch ihre Stellung zum Fuehrer nimmt oder beschneidet, so bleibt wenig uebrig, was die Stellung eines Reichskommissars mit Inhalt zu fuellen imstande ist, denn meine Zustaendigkeiten sind eigentlich von Monat zu Monat mehr zusammengeschmolzen. Der Aufgabenbereich eines Reichskommissars ist heute bereits enger als der eines Gauleiters und Reichsverteidigungskommissars in der Heimat.

H0737 - 0028

Auch der Letztere hat Dienstvorgesetzte, aber diese bevormunden ihn nicht derart, wie es z.B. von Ihnen durch den Erlass ueber Vorlage eines jeden fuer die Presse bestimmten Artikels bei Ihnen geschehen ist. Diese desavouieren ihn auch nicht vor groesserer Oeffentlichkeit, so wie Sie, Herr Reichsminister, es mit mir im Falle Ihres Schulerlasses vom 23.2.43 oder im Falle der Beauftragung meines Vertreters getan haben. Vor allem aber nehmen Sie ihren Mitarbeitern nicht die Freude, wie Sie es bei mir getan haben. Ich bin durch Ihre - fast immer auf Grund von falschen Unterrichtungen Ihrerseits - zustande gekommenen sehr scharfen mich desavouierenden und kompromittierenden Erlasse nahezu arbeitsunfaehig geworden und habe dies in meinem Bericht vom 13. Maerz 43 bereits mitgeteilt und auch gebeten, mir aufrichtig zu sagen, ob Sie, Herr Reichsminister, aus irgendwelchen anderen mir unbekannten Gruenden Wert auf meine Entfernung aus der Ukraine legen.

.....

Ihre Massnahmen der letzten Tage, besonders Ihr obenerwaehnter Erlass an die Generalkommissare haben mir jedoch eine Arbeit in der gewohnten Weise in der Ukraine unmoeglich gemacht. Ich muss ausdruecklich erklaeren, dass ich unter den gegebenen Umstaenden die Verantwortung fuer den Erfolg der Arbeiterwerbung und der Fruehjahrsbestellung ablehnen muss. Ich beziehe mich, Ihnen, Herr Reichsminister, gegenueber auf die Schlussausfuehrungen meines Berichts vom 13.Maerz 1943.

H0737 – 0029

.....

Meine Stellung ist von Ihnen in den letzten 3 Wochen so oft beeintraechtigt worden, dass sie ohnehin nur noch durch den Fuehrer wieder hergestellt werden koennte.

.....

Anmerkg. Auf die Aufzeichnungen v. 25.10.42 Braeutigams erfolgte der Schulentwurf Rosenbergs, der verschiedene Arten von Schulen in der Ukraine anordnete. Koch reagierte mit dem unverschaemten Brief v. 16.3.43.

Dokument Nr. 192

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Schriften, die mir in Photokopie vorlagen, wird bestaetigt.

Nuernberg, 20.Maerz 1946 gez.Dr.A.Thoma
Ldgdir.
Verteidiger Rosenbergs.

Abschrift
Dok.Nr.

Ro.14
Defense Exh.No.....

Schreiben Rosenbergs an den Reichsminister Dr.Lammers v. .2.10.1944 enthaltend ein Schreiben an den Fuehrer (Abschiedsgesuch)

Der Reichsminister

fuer die besetzten Ostgebiete

Berlin, den 12.Oktober 1944
Nr. 1418/44 g.Rs.- R/H.6

Geheime Reichssache

An den

Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
Herrn Dr. L a m m e r s

Fuehrer-Hauptquartier

Sehr verehrter Herr Dr. Lammers!

Angesichts der laufenden Entwicklung in der Ostproblematik bitte ich Sie beiliegendes Schreiben dem Fuehrer persoenlich vorzulegen. Ich halte die Art und Weise, wie die Dinge der deutschen Ostpolitik heute behandelt werden, als so ungluecklich, zugleich bin ich an diesen Unterhandlungen nicht beteiligt worden, und doch wird mir die Verantwortung dafuer zugeschoben, sodass ich Sie bitte, dem Fuehrer mein Schreiben moeglichst bald zur Entscheidung vorzulegen. Ich bitte Sie, zugleich dem Fuehrer die Anklagen meiner Schreiben vom 28.9. und 10.10.44 ueber Aufgaben und Taetigkeit des Ostministeriums zu erlaeutern.

.....

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

gez. A. Rosenberg

H0737 – 0030

Berlin, den 12.Oktober 1944
R/H.

An den

Fuehrer des Grossdeutschen Reiches

A d o l f H i t l e r

Mein F u e h r e r !

Eine Anzahl von Vorgaengen, welche die deutsche Ostpolitik und die politisch-psychologische Behandlung der Ostvoelker betreffen, veranlassen mich, Ihnen, mein Fuehrer, meine Sorgen auf diesem Wege vorzutragen, da es nicht moeglich gewesen ist, dies muendlich zu tun.

Gegenueber einseitigen Vorschlaegen habe ich mit vollem Bewusstsein stetig gegenueber den Ostproblemen die Haltung vertreten, dass bei politischen und sonstigen Massnahmen nicht ein Volk des Ostens allein, sondern alle Voelker gemeinsam angesprochen werden muessten.

.....

Das Bewusstsein nationalen Eigenart ist trotz aller Knebelungen auch bei den kleineren Voelkern des Ostens erhalten geblieben und fand im Lauf der Jahre bestimmte Vertreter auch kaempferischer

H0737 – 0031

Natur. Zur Beobachtung und Steuerung dieser Entwicklung habe ich beim Ostministerium Leitstellen fuer alle Voelker des Ostens eingerichtet, die nach manchen Erprobungen jetzt als den Umstaenden entsprechend gut besetzt betrachtet werden koennen.

.....

Ich hatte Ihnen, mein Fuehrer, Anfang 1943 meinen Standpunkt dahin dargelegt, dass ich zur Erwaegung stellte, eine Deklaration an alle Voelker des Ostens zu richten, um sie auf einen gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus einzustellen. Diese Erwaegung wurde von Ihnen, mein Fuehrer, zurueckgestellt, worauf ich an Ihren Sekretaer, Reichsleiter Bormann, am 28.5.43 ein Schreiben mit der dringenden Bitte um Benachrichtigung richtete und in dem ich noch einmal, angefuegt mit einer Erklaerung des Generals Wlassow, in der ein Verzicht auf die Ukraine und Kaukasien ausgesprochen wurde, die Gruendung von Nationalkomitees vorschlug. Auf diesen Vorschlag bin ich ohne Antwort geblieben, was ich als Ablehnung auffassen musste, und somit ruhte die Aktivitaet nach dieser Richtung hin.

H0737 – 0032

H0737 - 0033

.....

Ich bitte Sie, mein Fuehrer, mir zu sagen, ob Sie meine Taetigkeit in dieser Richtung noch wuenschen; denn da es mir nicht moeglich gewesen ist, Ihnen muendlich Vortrag zu halten, die Probleme des Ostens aber an Sie von verschiedenen Seiten herangetragen und besprochen werden, so muss ich angesichts dieser Entwicklung der Annahme Raum geben, dass Sie, mein Fuehrer, diese meine Taetigkeit vielleicht nicht mehr als notwendig erachten. Hinzu kommt, dass aus mir nicht bekannten Quellen die Geruechte von der Aufloesung des Ostministeriums ausgestreut werden, ja dass diese Geruechte in dienstlichen Schreiben an Oberste Reichsbehoerden als Grund verschiedener erhobener Forderungen angegeben werden. Unter solchen Umstaenden ist eine zweckentsprechende

H0737 – 0034

Arbeit, mein Fuehrer, nicht moeglich, und ich bitte Sie, mir Ihre Weisungen zukommen zu lassen, wie ich mich angesichts der entstandenen Lage der Dinge zu verhalten habe.

Ich brauche nicht zu betonen, mein Fuehrer, dass ich mich der mir 1941 uebertragenen Aufgabe als Ostminister mit aller Kraft gewidmet habe. Ich hatte mir gestattet, Ihnen, mein Fuehrer, eine Konzeption dieser Aufgabe noch vor Beginn der durch die Sowjetunion drohenden Feindseligkeiten darzulegen. Diese Konzeption sah vor, alle nationalen Kraefte der Ostvoelker zu mobilisieren, ihnen von vornherein und freiwillig eine bestimmte Autonomie und kulturelle Entwicklungsmoeglichkeiten zuzusprechen mit dem Ziel, sie gegen den bolschewistischen Gegner zu fuehren. Diese, wie ich anfangs annehmen durfte, von Ihnen gebilligte Konzeption ist nicht durchgefuehrt worden, weil die Voelker politische gegenteilig behandelt wurde. Einzig und allein mit der von Ihnen gebilligten Agrarordnung von 1942 ist die Arbeitswilligkeit bis zum Schluss durch Pflege einer bestimmten Eigentumshoffnung erhalten geblieben, und ich hatte mich bemueht, wenigstens diese Kraft zu staerken, und in vorbildlichem Zusammenwirken mit der Landwirtschaftsfuehrung und durch die energische Taetigkeit der Gebiets-

H0737 - 0035

kommissare ist dem Deutschen Reich ein grosse Leistung zugefuehrt worden. Nun, nachdem man den Vertreter des Russentums jahrelang ostentativ zurueckgesetzt hat, wird gerade er ploetzlich an die Spitze nicht nur der Russen gestellt, sondern soll auch der Chef und Fuehrer aller Nichtrussen werden.

H0737 - 0036

A b s c h r i f t .

Berlin, den 12.10.1944
R/H.

V o r s c h l a g

fuer eine

R e g e l u n g d e r O s t p o l i t i k

Auf Grund der Gesamterkenntnis und der praktischen Erfahrung in Bezug auf Fuehrung und Einsatzbereitschaft der Voelker des Ostens wird folgende Regelung fuer die Verstaerkung der politischen Kriegsfuehrung getroffen.

.....

Bei der Fuehrung der Voelker des Ostens ist von der Feststellung auszugehen, dass der heutige Krieg gefuehrt wird von allen europaeischen Voelkern fuer die Sicherheit und Blockadefestigkeit des europaeischen Kontinents. Die Voelker des Kontinents Europa bild en eine einzige Voelkerfamilie, der Kontinent selbst einen einzigen Grosswirtschaftsraum. Angestrebt werden muss eine spaeter noch festzulegende Zusammenfuegung aller europaeischen Nationen, in der auch die Voelker des Ostens wie die anderen europaeischen Voelker ihre Interessen vertreten koennen.

.....

Jede Nation des europaeischen Ostens, die Russen, Ukrainer, Weissruthenen, Nordkaukasier, Kosaken, Aserbeidschaner, Georgier, Armenier, Tataren ....., sie alle werden die Freiheit ihrer Heimat wieder erhalten und einen vom Deutschen Reich garantierten selbstaendigen Aufbau auf allen Gebieten ihres Lebens und ihrer Laender fuehren.

.....

Das frueher oft bestehende Gegeneinander der russischen, ukrainischen, kaukasischen Voelker soll durch einen gemeinsamen europaeischen Gedanken ueberwunden werden, um einen friedlichen Ausgleich zu finden im gemeinsamen Zusammenwirken auf einer hoeheren, alle Interessen beruecksichtigenden europaeischen Ebene.

H0737 – 0037

HO737-0038

Dok.Nr. 3761 - PS

Ro. 15

Defense Exh.Nr. .....

Rosenbergs Brief an Hitler, der das Ersuchen enthaelt, keinen Reichstagskandidaten machen zu muessen.

Sehr geehrter Herr Hitler!

Herr Jacob wird Ihnen etwas ueber mich erzaehlen. Ich ersuche dringend, mich als Kandidat zu streichen. Ich moechte nicht als "Eindringlich" mich vom Bayer. Volk waehlen lassen. Ich moechte auch Ihnen meine Deckung nicht erschweren:

In alter Treue

gez. A. R o s e n b e r g

10.IV.1924.

Unter keinen Umstaenden.

gez. Adolf H i t l e r.

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den angefuehrten Schriften, die mir in Photokopie vorlagen, wird bestaetigt.

Nuernberg, 20. Maerz 1946 gez. Dr.A. Thoma Ldgdir.

Verteidiger Rosenbergs.

H0737-0039

Dok. Nr. 1997-PS
(USA - 319)

Ro. 20
Defense Exhibit Nr. ....

Auszugsweise Abschrift aus den photokopiert vorgelegenen Akten der Praesidialkanzlei betr. Kabinett Hitler.

P r a e s i d i a l k a n z l e i

d e s F u e h r e r s u n d R e i c h s k a n z l e r s

A k t e n

K a b i n e t t s b i l d u n g

E r n e n n u n g u n d V e r a b s c h i e d u n g

v o n R e i c h s k a n z l e r n u. R e i c h s m i n i s t e r n.

K a b i n e t t H i t l e r

Abt. B

Titel III

Gruppe 1

Nr. 2

Band 10

vom 1./1.1945

bis ./..19...

H0737 - 0040

Der Reichsminister und Chef
der Reichskanzlei

Berlin W 8, den 18. Juli 1941
z.Zt. Fuehrer-Hauptquartier

An die

Obersten Reichsbehoerden.

Anbei uebersende ich in Abschrift

1.) den Erlass des Fuehrers ueber die Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete vom 17. Juli 1941 nebst den darin in Bezug genommenen Fuehrererlassen

a) ueber die Ernennung von Wehrmachtbefehlshabern in den neu besetzten Ostgebieten vom 17. Juli 1941

b) ueber die Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten vom 29. Juni 1941

c) ueber die polizeiliche Sicherung der neu besetzten Ostgebiete vom 17. Juli 1941;

2.) Den ersten Erlass des Fuehrers ueber die Einfuehrung der Zivilverwaltung in den neu besetzten Ostgebieten vom 17. Juli 1941.

Diese Erlasse werden nicht veroeffentlicht. Es wird lediglich von hier aus eine Pressenachricht ueber den wesentlichsten Inhalt der Erlasse veranlasst werden.

gez. Dr. L a m m e r s .

H0737 - 0041

Par. 6

.....An der Spitze eines jeden Reichskommissariats steht ein Reichskommissar, an der Spitze eines jeden Generalbezirkes ein Generalkommissar, an der Spitze eines jeden Kreisgebietes ein Gebietskommissar. Im Falle der Bildung eines Hauptbezirks steht an dessen Spitze ein Hauptkommissar.

Die Reichskommissare und die Generalkommissare werden von mir, die Leiter der Hauptabteilungen in den Dienststellen der Reichskommissare sowie die Hauptkommissare und Gebietskommissare werden vom Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete bestellt.

Par. 7

Die Reichskommissare unterstehen dem Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete und erhalten ausschliesslich von ihm Weisungen, soweit nicht Par. 3 Anwendung findet.

Par. 8

Die Rechtsetzung fuer die ihm unterstehenden neu besetzten Ostgebiete obliegt dem Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete. Er kann die Befugnis, Recht zu setzen, auf die Reichskommissare uebertragen.

Par. 9

Den Reichskommissaren untersteht die gesamte Verwaltung ihres Gebietes im zivilen Bereich.

Die Sicherstellung des Betriebes der Bahn und der Post obliegt den zustaendigen Obersten Reichsbehoerden nach den Weisungen des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, solange militaerische Operationen stattfinden. Fuer die Zeit nach Beendigung der militaerischen Operationen bleibt anderweite Regelung vorbehalten.

H0737 – 0042

Par. 10

Um die Massnahmen, die der Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete oder die Reichskommissare in ihren Gebieten treffen, mit den uebergeordneten Gesichtspunkten der Reichsinteressen in Einklang zu bringen, haelt der Reichsbehoerden enge Fuehlung. Bei Meinungsverschiedenheiten, die durch unmittelbare Verhandlungen nicht auszuraeumen sind, ist meine Entscheidung durch den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei einzuholen.

Abschrift zu Rk. 1c704 B

H0737-0043

Erlass des Fuehrers

ueber die Ernennung von Wehrmachtsbefehlshabern

in den neu besetzten Ostgebieten.

I. In den neu besetzten Ostgebieten ueben Wehrmachtbefehlshaber als oberste Vertreter der Wehrmacht die militaerischen Hoheitsrechte und die territorialen Befehlsbefugnisse aus.

Die Wehrmachtbefehlshaber werden von mir ernannt. Sie sind dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht unterstellt und erhalten von diesem ihre Weisungen nach meinen Richtlinien.

II. Den Wehrmachtbefehlshaber obliegt die militaerische Sicherung des Gebiets im Innern nd gegen ueberraschende Bedrohung von aussen.

Sie unterstuetzen die Reichskommissare bei ihren politischen und Verwaltungs-Aufgaben und vertreten ihnen gegenueber einheitlich die Forderungen der Wehrmacht, besonders auch hinsichtlich der Ausnutzung des Landes fuer die Versorgung der kaempfenden Truppe.

III. Die Forderungen der Wehrmacht werden im zivilen Bereich von den Reichskommissaren durchgesetzt.

Bei Gefahr im Verzuge haben die Wehrmachtbefehlshaber das Recht, auch im zivilen Bereich die Massnahmen anzuordnen, die zur Durchfuehrung der militaerischen Aufgaben notwendig sind.

Die Wehrmachtbefehlshaber koennen dieses Recht voruebergehend auf oertliche Befehlshaber uebertragen.

Die auf Grund dieser Befugnisse gegebenen Anweisungen der Wehrmachtdienststellen gehen allen anderen Anordnungen vor.

IV. Zur Durchfuehrung und Ergaenzung dieses Erlasses stellt der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht eine Dienstanweisung fuer die Wehrmachtbefehlshaber auf.

Fuehrerhauptquartier, den 25. Juni 1941

gez. Adolf Hitler

H0737 - 0044

Abschrift zu Rk. 1e714 B

Erlass des Fuehrers

ueber die Ernennung von Wehrmachtsbefehlshabern

in den neu besetzten Ostgebieten

vom 29. Juni 1941.

---

(1) In den neu besetzten Ostgebieten ordnet der Reichsmarschall Hermann G o e r i n g als Beauftragter fuer den Vierjahresplan im Rahmen der ihm als solchem zustehenden Befugnisse alle Massnahmen an, die zur hoechstmoeglichen Ausnutzung der vorgefundenen Vorraete und Wirtschaftskapazitaeten und zum Ausbau der Wirtschaftskraefte zu Gunsten der deutschen Kriegswirtschaft erforderlich sind.

(2) Hierzu kann er auch den Dienststellen der Wehrmacht in den besetzten Ostgebieten unmittelbar Weisungen erteilen.

(3) Dieser Erlass tritt mit dem heutigen Tage in Kraft. Er ist erst auf besondere Anordnung zu veroeffentlichen.

Fuehrer-Hauptquartier, den 29. Juni 1941

Der F u e h r e r

gez. Adolf Hitler

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

(L.S.)

gez. Keitel

Der Reichsminister und Chef der Reichskanz.

gez. Dr.Lammers

H0737 - 0045

Abschrift zu Rk. 1o7o4 B

Erlass des Fuehrers

ueber die polizeiliche Sicherung der

neu besetzten Ostgebiete.

vom 17.Juli 1941

I.

Die polizeiliche Sicherung der neu besetzten Ostgebiete ist Sache des Reichsfuehrers-SS und Chefs der Deutschen Polizei.

II.

Nach Einfuehrung der Zivilverwaltung in diesen Gebieten ist der Reichsfuehrer-SS berechtigt, den Reichskommissaren im Rahmen seiner unter I bezeichneten Aufgabe Weisungen zu erteilen. Sofern diese Weisungen allgemeiner Art oder von politisch grundlegender Bedeutung sind, sind sie ueber den Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete zu leiten, es sei denn, dass es sich um die Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr handelt.

III.

Zur Durchfuehrung der polizeilichen Sicherung tritt zu jedem Reichskommissar ein hoeherer SS- und Polizeifuehrer, der dem Reichskommissar unmittelbar und persoenlich unterstellt ist.

Den Generalkommissaren, den Haupt- und Gebietskommissaren werden Fuehrer der SS und der Polizei zugeteilt, die ihnen unmittelbar und persoenlich unterstehen.

Fuehrer-Hauptquartier, den 17.Juli 1941

der F u e h r e r

gez. Adolf Hitler

(L.S.)

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

gez. Keitel

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

gez. Dr.Lammers

H0737-0046

Abschrift zu Rk. 10714 B

Erster Erlass des Fuehrers

ueber die Einfuehrung der Zivilverwaltung

in dem neu besetzten Ostgebieten.

vom 17.Juli 1941

I.

Die Zivilverwaltung in dem Bezirk Bialystok uebernimmt der Oberpraesident der Provinz Ostpreussen.

Die Zivilverwaltung in dem frueher zu Polen gehoerigen Gebiet Galiziens uebernimmt der Generalgouverneur,

Das Gebiet der frueheren Freistaaten Litauen, Lettland und Estland sowie der von Weissruthenen bewohnte Raum gehen in die dem Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete unterstehende Zivilverwaltung ueber. Dieses gesamte Gebiet bildet ein Reichskommissariat im Sinne meines Erlasses ueber die Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete vom 17. Juli 1941 und erhaelt die Bezeichnung "Ostland". Die Unterstellung der Verwaltung kleinerer an der Ostpreussischen Grenze liegender Teile des ehemaligen Freistaats Litauen unter den Oberpraesidenten der Provinz Ostpreussen bleibt vorbehalten.

II.

Die aeusseren Grenzen des Reichskommissariats Ostland und der uebrigen unter I bezeichneten Gebiete werde ich, dem jeweiligen Stande der Kampfhandlungen entsprechend, bestimmen und zu gegebener Zeit endgueltig festlegen. Den Zeitpunkt fuer die Einfuehrung der Zivilverwaltung in den unter I genannten Gebieten oder in Teilen von ihnen werde ich bestimmen.

III.

Zum Reichskommissar fuer das Ostland bestelle ich den Gauleiter und Oberpraesidenten Heinrich L o h s e . Er hat seinen Sitz in Riga.

Fuehrer-Hauptquartier, den 17.Juli 1941
Der F u e h r e r
gez. Adolf Hitler

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
gez. Keitel

(L.S.)

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzl.
gez.Dr.Lammers

H0737-0047

Reichsgesetzblatt

Teil I

1941	Ausgegeben zu Berlin, den 5.August 1941	Nr. 86

Tag	Inhalt	Seite
29.7.41	Erlass des Fuehrers und Reichskanzlers ueber den Generalinspektor fuer Wasser und Energie	467
11.7.41	Verordnung ueber die Einfuehrung von Vorschriften ueber die Hinterziehung und Ueberhebung von Verkehrsabgaben in den eingegliederten Ostgebieten	468

Erlass des Fuehrers und Reichskanzlers ueber den Generalinspektor fuer Wasser und Energie.

Vom 29.Juli 1941.

Mit Ruecksicht auf die besonderen Erfordernisse des Krieges und die Notwendigkeit einheitlicher Planung im grossdeutschen Raum bestelle ich zur Fuehrung und Neuordnung des Energieausbaues und der Energie- und Wasserwirtschaft einen

Generalsinspektor fuer Wasser und Energie.

Er hat in seinem Geschaeftsbereich die Stellung und Befugnisse eines Reichsministers und preussischen Ministers. Seine Behoerde ist die Oberste Reichsbehoerde und Preussische Oberste Landesbehoerde.

Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1941, Teil I

Seite 468

IV. Geltungsbereich.

(1) Dieser Erlass gilt auch in den eingegliederten Ostgebieten.

DER REICHSMINISTER UND CHEF
DER REICHSKANZLEI

Berlin W 8, den 9.Febr.1942
Vossstrasse 6
z.Zt. Fuehrer-Hauptquartier

Rk. 1912 B

An die

Obersten Reichsbehoerden

die dem Fuehrer unmittelbar unterstellten Dienststellen.

Der Fuehrer hat heute zum Nachfolger des toedlich verungluckten Reichsministers Dr. T o d t in seinen Aemtern als

a) Reichsminister fuer Bewaffnung und Munition

b) Generalinspektor fuer das deutsche Strassenwesen und

c) Generalinspektor fuer Wasser und Energie

den Generalbauinspektor fuer die Reichshauptstadt

Dip.-Ing.Professor Albert S p e e r

berufen und ihn zum

a) Reichsminister fuer Bewaffnung und Munition,

b) Generalinspektor fuer das deutsche Strassenwesen und

c) Generalinspektor fuer Wasser und Energie

ernannt. Professor Speer verbleibt in seinem Amte als Generalbauinspektor fuer die Reichshauptstadt.

gez. Dr. L a m m e r s

H0737 - 0048

-13-

Der Reichsmarschall des Grossdeutschen Reiches

Beauftragter fuer den Vierjahresplan

Erlass

ueber die Einsetzung eines Generalbevollmaechtigten fuer Ruestungsaufgaben im Vierjahresplan vom 1.Maerz 1942.

Den Notwendigkeiten der Ruestung haben sich im Kriege alle anderen Beduerfnisse unterzuordnen. Es ist daher notwendig, alle mit Aufgaben der Ruestung betrauten Dienststellen des Vierjahresplans in Ruestungsfragen einer einheitlichen Lenkung zu unterstellen.

Ich bestelle den Reichsminister fuer Bewaffnung und Munition zum Generalbevollmaechtigten fuer Ruestungsaufgaben im Rahmen des Vierjahresplans. Alle Geschaeftsgruppen, Generalbevollmaechtigten, Bevollmaechtigten usw. im Rahmen des Vierjahresplans haben die Verpflichtung, den Generalbevollmaechtigten fuer Ruestungsaufgaben ueber die in ihrem Aufgabengebiet notwendigen Massnahmen laufend zu unterrichten. Der Generalbevollmaechtigte fuer Ruestungsaufgaben erhaelt die Befugnis, den obengenannten Dienststellen des Vierjahresplans in Fragen der Ruestung in meinem Auftrag Weisungen zu erteilen.

gez. G o e r i n g .

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Schriften, die mir in Photokopie vorlagen, wird bestaetigt.
Nuernberg, 20.Maerz 1946 gez. Dr.A.Thoma, Ldgdir.
Verteidiger Rosenbergs.

H0737 - 0049

Ro. 21
Defendant's Exhibit No.

Dok.Nr. L31-PS

(USA. - 171

Memorandum des Ministers fuer die besetzten Ostgebiete.

den 14.Juni 1944

Der Chef des Fuehrerstabes Politik
- pers.Referent-

Berlin, den 14.Juni 19·

G e h e i m

Betr.: "Neu-Aktion".

1. V e r m e r k :

Der Obergruppenfuehrer h t sich damit einverstanden erklaert, dass der Vorgang "Neu-Aktion" noch einmal dem Herrn Minister mit dem Ziel der Herbeifuehrung einer gegenteiligen Entscheidung vorgetragen wird. Dies ist am heutigen Tage geschehen. Der Minister ist damit einverstanden, dass die "Neu-Aktion" unter den mit Heeresgruppe Mitte besprochenen Bedingungen und Voraussetzungen in den Armeegebieten zur Durchfuehrung gelangt.

H0737 – 0050

Chef des Fuehrungsstabes Politik Berlin, den 12.Juni 1944
Geheime Reichssache.

Betr.: Evakuierung von Jugendlichen aus dem Gebiet der Heeresgruppe Mitte (Neu-Aktion.)

2 Ausfertigungen
1. Ausfertigung

1.) Vermerk:

Die Heeresgruppe Mitte hat die Absicht, in den Armeegebieten 40 - 80 000 Jugendliche im Alter vom 10-14 Jahren zu erfassen und ins Reich zu bringen. Diese Massnahme geht auf Anregung der 9.Armee zurueck. Die Jugendlichen stellen im Operationsgebiet eine nicht unerhebliche Belastung dar. Die Jugendlichen sind zum grossen Teil ohne elterliche Betreuung, da in Operationsgebiet die Frauen und Maenner zu Arbeitsbataillonen zusammengezogen sind bezw. noch werdn, um beim Stellungsbau zum Arbeitseinsatz zu gelangen. Fuer die juengeren Jahrgaenge sollen daher hinter der Front Kinderdoerfer unter einheimischer Betreuung errichtet werden. Die 9.Armee hat, um entsprechende Erfahrungen zu sammeln, bereits ein solches Kinderdorf erstellt und bisher auch in politischer Hinsicht gute Ergebnisse mit dieser Aktion erzielt.

H0737-0051

.....

Der Chef des Fuehrungsstabes Politik, SS-Obergruppenfuehrer Berger, hat am 10.ds.Monats dem Herrn Minister den Vorgang vorgetragen. Der Minister befuerchtet, dass diese Aktion sich politisch sehr ungluenstig auswirken werde, dass sie als Kinderverschleppung angesehen wird, andererseits die Jugendlichen fuer den Gegner keine wesentliche Staerkung der militaerischen Kraft darstellen. Der Minister moechte daher die Aktion auf die 15 - 17 Jaehrigen beschraenkt wissen.

H0737-0052

.....

4. Wenn das Ostministerium diese Aktion nicht unterstuetzt bezw. durchfuehrt, wird die Abschoepfung voraussichtlich durch den GBA. erfolgen. Die Heeresgruppe Mitte und besonders die 9.Armee legen aber entscheidenden Wert darauf, dass die Kinder nicht durch den GBA. zum Arbeitseinsatz ins Reich gelangen, sondern durch Dienststellen des RMfdbO, da sie nur dann glauben, die Gewaehr fuer eine korrekte politische und sachliche Behandlung haben. Dieser Wunsch der Heeresgruppe stellt einen besonderen Vertrauensbeweis gegenueber dem Ostministerium dar. Die Heeresgruppe moechte, dass die Aktion unter loyalsten Bedingungen durchgefuehrt wird, aehnlich wie die derzeitige Werbung der SS-Helfer. Sie moechte besondere Regelung hinsichtlich der Betreuung, des Postverkehrs mit den Eltern usw. getroffen haben. Die Kinder sollen moeglichst nach Doerfern geschlossen bleiben, im Reich in kleinen Lagern zusammengefasst werden und von dort aus den handwerklichen Betrieben zur Verfuegung stehen usw.

.....

Bei einer evtl. Wiederbesetzung des Gebietes kann daher das Ostministerium in geeigneter Weise Jugendliche zurueckfuehren, die dann beim Aufbau des Gebiets mit ihren Eltern zusammen sicherlich ein politisches Positivum darstellen werden.

.....

Notiz: Zum Vorg.Op.Berger hat am 14.6. erneuten Vermerk d
erhalten, wonach der Herr RMinister nunmehr der Aktion
zustimmt.

H0737-0053

H0737-0054

Dok.Nr.018 - P S Ro. 33

(USA - 186 Defense Exhibit No. ...

Brief Rosenbergs an Sauckel

Der Reichsminister Den 21.12.1942

fuer die besetzten Ostgebiete Nr. 12926/42

An den

Gauleiter Fritz S a u c k e l
Generalbevollmaechtigter fuer den Arbeitseinsatz

Berlin W 8
Mohrenstrasse 65

Lieber Parteigenosse Sauckel.

Ich danke Ihnen sehr fuer Ihre Berichte ueber die Durchfuehrung der Ihnen gestellten grossen Aufgabe, und ich bin erfreut, zu hoeren, dass Sie bei der Durchfuehrung Ihres Auftrages allenthalben die noetige Unterstuetzung gefunden haben, namentlich auch seitens der Zivilbehoerde in den besetzten Ostgebieten. Fuer mich und die mir nachgeordneten Stell war und ist dieses Zusammenwirken selbstverstaendlich, zumal wir beide, Sie und ich hinsichtlich der Loesung der Ostarbeiterfrage von Anfang an die gleichen Grundsaetze vertreten haben. Sowohl aus leistungsmaessigen als auch aus politischen Gruenden haben Sie Ihre Aufmerksamkeit vor all der Betreuung der im Reich eingesetzten Ostarbeiter gewidmet, und im gl chen Sinne habe auch ich durch Errichtung besonderer, mit den Betreuungsorganisationen zusammenarbeitender Stellen eine allerseits zufrieden stellende Loesung angestrebt. Wenn somit auch zwischen Ihrer und meiner Auffassung voellige Einmuetigkeit besteht, so sehe ich mich doch auf Gru verschiedener Vorkommnisse der letzten Monate veranlasst, unter Hinweis auf die Anlage auf die von Ihren Dienststellen und Mitarbeitern angewand Methoden hinzuweisen.

H0737-0055

.....

Zu diesem Punkt moechte ich bemerken, dass der wiederholten Bitte meiner Mitarbeiter, statt des massenweisen Abschubs der arbeitsunfaehigen Angehoerigen der Ostvoelker zunaechst Krankenbaracken (Rueckkehrerlager) in den Landesarbeitsamtsbezirken einzurichten, leider bislang nicht entsprochen worden ist, sodass ich mich genoetigt gesehen habe, mich diesbezueglich mit dem Reichskommissar fuer das Sanitaets- und Gesundheitswesen in Verbindung zu setzen.

.....

....., so muss ich doch aus der mir fuer die besetzten Ostgebiete obliegenden Verantwortung heraus mit allem Nachdruck darum bitten, dass zur Erfuellung der befohlenen Kontingente Handhabungen ausgeschlossen werden deren Duldung und Folgen eines Tages mir und meinen Mitarbeitern zur Last gelegt werden. Um dies zu erzielen und um die durch die besondere politische Lage der Ostgebiete gegebenen Erfordernisse mit den Massnahmen der Kommissionen und Staebe Ihrer Behoerden in Einklang zu bringen, habe ich den Reichskommissar fuer die Ukraine ermaechtigt, soweit erforderlich, von seinem Hoheitsrecht Gebrauch zu machen und fuer die Abstellung von Werbemethoden Sorge zu tragen, die dem Interesse der Kriegsfuehrung und Kriegswirtschaft in den besetzten Ostgebieten zuwiderlaufen.

.....

Ihren diesbezueglichen Nachrichten sehe ich mit Dank entgegen.

Heil Hitler

Ihr

gez. A. Rosenberg.

Dok.Nr. 1015-PS
(USA.- 385)

Ro. 23
Defense Exhibit No. .....

Abschrift aus der vorgelegenen Fotokopie betr. "Einsatzstab Rosenberg"

Oberkommando des Heeres

H.Qu.d.OKH., den 17.10.1943

An den

Einsatzstab Rosenberg
fuer die besetzten Gebiete

B e r l i n - Charlottenburg
Bismarckstr. 1

Stempel:
Einsatzstab
Reichsleiter
Rosenberg.

Betr.: Erfassung der Kunstgegenstaende und Kulturgueter aus juedischem Besitz aus den Quartieren der Staebe und Offiziere in den besetzten westlichen Gebieten.

Bezug: Dort.Schreiben St.v.I./Hi. Tgb.Nr. 894/43

.....

H0737-0056

Dok.Nr. 1015 B - PS
(RF - 1323)

SONDERSTAB BILDENDE KUNST

Arbeitsbericht ueber die Zeit vom Oktober 1940 bis Juli 1944

.....

Eine Abwanderung unersetzlicher Werte europaeischer Kunst grossen Stils wurde dadurch verhindert, und hoechste Kunstleistungen aller europaeischen Nationen fuer Europa gesichert. Im Verlauf dieser Kunsterfassungsaktion des Einsatzstabes in den besetzten Westgebieten wurden erfasst:

203 Einsatzstellen (Sammlungen) mit

21903 bisher gezaehlten und inventarisierten Kunstgegenstaenden aller Art.

Fuer jede Einsatzstelle wurde ein Erfassungsprotkoll angelegt, das die Herkunft des Gegenstandes mit genauen Einzelangaben nachweist. Alle erfassten Kunstwerte wurden zunaechst in ein Sammellager im ehemaligen Museum Jeu de Paume und in dafuer zur Verfuegung gestellten Raeumen des Louvre verbracht. Sie wurden dort von kunstwissenschaftlichen Mitarbeitern des Sonderstabes Bildende Kunst wissenschaftlich inventarisiert, fotografiert und durch Fachkraefte fuer den Abtransport ins Reich sorgfaeltig verpackt. Diese Arbeiten gestalteten sich dadurch besonders schwierig, da die meisten Sammlungen und einzelnen Kunstgegenstaende ohne alle Inventare oder Herkunftsbezeichnungen uebernommen wurden und die wissenschaftlichen Zuschreibungen erst durch die Kunstwissenschaftler des Einsatzstabes durchgefuehrt werden mussten.

H0737-0057

H0737-0058

Diese Transporte wurden in 6 Bergungsorte im Reich verbracht, ausgepackt und unter Beachtung aller konservatorischen, luftschutz und feuersicherungsmaessigen Gesichtspunkte eingelagert. In den Bergungsorten wurde die zunaechst in Paris nur der Identifizierung dienende Inventarisierung nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten ergaenzt und die Ergebnisse der kunstwissenschaftlichen Zuschreibung in Inventarlisten und einer jeden Kunstgegenstand erfassenden Kartei niedergelegt. Bei dieser wissenschaftlichen Inventarisierung eines in seinem Umfang und seiner Bedeutung einmaligen Materials bisher der Kunstforschung unbekannter Werte wurde von dem Sonderstab Bildende Kunst eine fuer die gesamte Kunstwissenschaft wichtige Arbeit geleistet. Diese Inventarisierungsarbeiten werden die Grundlage eines wissenschaftlichen Gesamtkatalogs bilden, in dem Hergang, Umfang, wissenschaftliche und politische Bedeutung dieser historische einmaligen Kunsterfassungsaktion dokumentarisch niedergelegt werden sollen.

Es wurde vom Sonderstab eine mit allen technischen Hilfsmitteln ausgeruestete Restaurierungswerkstaette an einem der Bergungsorte eingerichtet, die sich mit der Pflege und Wiederherstellung der erfassten Kunstwerte sowie ihrer staendigen Beobachtung in den Bergungsorten beschaeftigt.

Einige hunderte von den juedischen Besitzern vernachlaessigte oder fruehrer unsachgemaess wiederhergestellte Kunstwerke konnten in dieser Werkstaette wiederhergestellt und in ihrem Bestand gesichert werden.

Ausserdem wurden alle erfassten Kunstwerke durch die Fotowerkstaette des Einsatzstabes fotografiert und in einer Fotothek erfasst. Hierdurch wurde nicht nur die Identitaet jedes einzelnen Kunstwerkes dokumentarisch belegt, sondern auch ein kunstwissenschaftliches Studien- und Veroeffentlichungsmaterial von bleibendem Wert geschaffen.

Es wurden bis zum 15.7.1944 wissenschaftlich inventarisiert:

H0737-0059

21 903 Kunstgegenstaende

5 281 Gemaelde, Pastelle, Acuarelle, Zeichnungen

684 Miniaturen, Glas- und Emailmalereien, Buch- u.Handschrift

583 Plastiken, Terrakotten, Medaillen und Plaketten

2 477 Moebel mit kunstgeschichtlichem Wert

583 Textilien (Gobelins, Teppiche, Stickerein, koptische Stoffe).

5 835 kunsthandwerkliche Gegenstaende (Porzellan, Bronzen, Faverencen, Majoliken, Keramik, Schmuck, Muenzen, Gegenstaende aus Edelsteinen)

1 286 Ost-asiatische Kunstwerke (Bronzen, Plastik, Porzellan, Gemaelde, Wandschirme, Waffen)

259 Antike Kunstwerke (Skulpturen, Bronzen, Vasen, Schmuck, Schalen, geschnittene Steine, Terrakotten.

H0737-0060

.....

Arbeit in den Ostgebieten:

In den besetzten Ostgebieten beschraenkte sich die Taetigkeit des Sonderstabs Bildende Kunst auf eine wissenschaftliche und fotografische Erfassung der oeffentlichen Sammlungen und ihre Sicherung und Betreuung in Zusammenarbeit mit den militaerischen und zivilen Dienststellen. Im Zuge der Raeumung der Gebiete wurden einige hundert wertvollster russischer Ikonen, einige hundert Gemaelde der russischen Malerei des 18. und 19. Jahrhunderts, Einzelmoebel und Einrichtungsgegenstaende aus Schloessern in Zusammenarbeit mit einzelnen Heeresgruppen geborgen und in ein Bergungslager ins Reich gebracht.

Auch eine Sammlung entarteter bolschewistischer Kunst sowie eine Sammlung entarteter westlicher Kunst wurde fuer Politische Studienzwecke angelegt. Ausserdem wurde durch den Sonderstab Bildende Kunst eine umfangreiche Materialsammlung ueber sowjetische Kunstpflege, Museumspolitik, Kunstpublizistik und Bildmaterial ueber sowjetische Architektur geschaffen.

25 Bildermappen mit den wertvollsten Werken der im Westen erfassten Kunstsammlungen sind dem Fuehrer am 20. April 1943 zusammen mit drei Baenden eines vorlaeufigen Gemaeldekatalogs und einem Zwischenarbeitsbericht ueberreicht. Es werden diesem Bericht 10 weitere Bildermappen angefuegt. Weitere Bildermappen sind in Vorbereitung.

Robert Scholz
Bereichsleiter

Leiter des Sonderstabs Bildende Kunst.

H0737-0061

.....

/

Ich bitte ausdruecklich zu untersagen, dass irgendwelche Kulturgueter aus Ihrem Reichskommissariat ohne Genehmigung Ihrerseits von irgendwelchen Stellen fortgefuehrt werden. Was von beschlagnahmten Kulturguetern im Reichskommissariat Ostland verbleibt und was evtl. fuer die Forschungsarbeit der Hohen Schule eingesetzt wird, muss einer spaeteren Regelung unterliegen. Ich bitte, die Ihnen nachgeordneten General- und Gebietskommissa: von dieser Weisung zu unterrichten. Die staatliche Verwaltung von Museen, Bibliotheken usw. bleibt unbeschadet des Rechts der Einsichtnahme und Bestandsaufnahme seitens des Einsatzstabes durch diese Anweisung unberuehrt.

H e i l H i t l e r !

gez. A. Rosenberg

1015 - D

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

Berlin W 8, den 5. Juli 1942
z.Zt. Fuehrer-Hauptquartier

An die

Obersten Reichsbehoerden und

die dem Fuehrer unmittelbar unterstehenden Dienststellen

Der Fuehrer hat Reichsleiter Rosenberg in seiner Eigenschaft als Beauftragten des Fuehrers fuer die Ueberwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP. mit der geistigen Bekaempfung der Juden und Freimaurer sowie der mit ihnen verbuendeten weltanschaulichen Gegner des Nationalsozialismus als den Urhebern des jetzigen Krieges beauftragt. Zu diesem Zweck hat der Fuehrer angeordnet, dass der Einsatzstab des Reichsleiters Rosenberg in den unter Militaerverwaltung stehenden besetzten Gebieten und in den unter Zivilverwaltung bestehenden Ostgebieten (dazu gehoert nicht das Generalgouvernement) das Recht haben soll, Bibliotheken, Archive, Logen und sonstige weltanschauliche und kulturelle Einrichtungen aller Art nach geeignetem Material fuer die Erfuellung seiner Aufgabe zu durchforschen und die zustaendigen Wehrmachts- und Polizeistellen zu ersuchen, das ermittelte Material zur Durchfuehrung der weltanschaulichen Aufgaben der NSDAP und fuer die Spaeteren wissenschaftlichen Forschungsarbeiten der Hohen Schule zu beschlagnahmen, wobei die polizeilich - politischen der Polizei verbleiben, alles uebrige aber dem Einsatzstab des Reichsleiters Rosenberg uebergeben wird.

.....

Ich gebe von dieser Anordnung des Fuehrers Kenntnis und bitte, Reichsleiter Rosenberg bei der Erfuellung seiner Aufgabe zu unterstuetzen.

gez. Dr. Lammers.

H0737-0062

H0737-0063

Dok.Nr. 1015 F - PS

Oberkommando der Wehrmacht

Berlin W 35, den 30.Oktober 1940

An den

Wehrmachtsbefehlshaber in den Niederlanden

In Ergaenzung des am 5.7.1940 unter Nr. 2850/40 geh. Adj.Chef OKW mitgeteilten Auftrages des Fuehrers an den Reichsleiter Rosenberg, in den besetzten Gebieten des Westens Logen, Bibliotheken und Archive nach fuer Deutschland wertvollen Material zu durchsuchen und diese durch die Gestapo sicherzustellen, hat der Fuehrer entschieden:

Massgebend fuer den Besitzstand sind die Verhaeltnisse vor dem Kriege, in Frankreich vor der Kriegserklaerung am 1.9.1939.

.....

Reichsleiter R o s e n b e r g bzw. sein Vertreter Reichshauptstellenleiter E b e r t hat hinsichtlich des Zugriffrechtes ihm eindeutige Weisungen vom Fuehrer persoenlich; er ist ermaechtigt, die ihm wertvoll erscheinenden Kulturgueter nach Deutschland abzutransportieren und hier sicherzustellen. Ueber ihre Verwendung hat der Fuehrer sich die Entscheidung vorbehalten.

Es wird gebeten, die in Frage kommenden Dienststellen entsprechend anzuweisen.

Der Chef des OkW

i.A.gez. Reinecke

Nachrichtlich:

Adjutant des Reichsleiters

R o s e n b e r g.

Dok.Nr. 1015 H - PS

DER REICHSMINISTER
fuer die
BESETZTEN OSTGEBIETE

Berlin W 35, 12.Juni 1942
Rauchstr. 17/18
Nr. D1172/42 (U/Sz).

An die

Obersten Reichsbehoerden

Betr.: Errichtung einer Zentralstelle zur Erfassung und Bergung von Kulturguetern in den besetzten Ostgebieten.

In den besetzten Ostgebieten sind eine Reihe von Dienststellen und Einzelpersonen mit der Bergung von Kulturguetern befasst, sie arbeiten nach verschiedenen Gesichtspunkten und unabhaengig von einander. Es ist zur Verwaltung dieser Gebiete unbedingt erforderlich, dass ein Ueberblick ueber die vorhandenen Kulturgueter geschaffen wird. Ausserdem muss angestrebt werden, dass sie in der Regel vorlaeufig an Ort und Stelle verbleiben. Ich habe deshalb eine Zentralstelle zur Erfassung und Bergung von Kulturguetern im Osten als Sonderdezernat innerhalb der Hauptabteilung I meines Ministeriums errichtet.

.....

Ich waere Ihnen dankbar, wenn Sie mich in meinen Bestrebungen dadurch unterstuetzen wuerden, dass Sie die Ihnen nachgeordneten Dienststellen anweisen, sich bei beabsichtigten Massnahmen zur Bergung von Kulturguetern an die Zentralstelle zu wenden.

gez. R o s e n b e r g

H0737-0064

H0737-0065

1015 - 4

Der Reichsmarschall
des Grossdeutschen Reiches

Berlin W 8, den 30.Mai 1942

Lieber Parteigenosse Rosenberg!

Ihr Einsatzstab zur Erfassung von Kulturguetern in Paris ist, glaube ich, bei Ihnen in den falschen Ruf gebracht worden, als ob er selbst Kunsthandel triebe. Ich kenne die Arbeit des Einsatzstabes sehr gut und muss feststellen, dass es keine Dienststelle gibt, der ich so restloses Lob fuer ihre fortgesetzte Arbeit und Einsatzbereitschaft aussprechen kann wie gerade dieser Dienststelle mit ihren saemtlichen Mitarbeitern.

.....

Wenn also einige Herren sehr eifrig hinterher waren, mit Kunsthaendlern in Verbindung zu stehen, so war dies ausschliesslich ein persoenlicher Gefallen, der mir damit getan wurde und der dem Aufbau meiner Sammlung zugute kommt. Da nun sehr viele Reflektanten im besetzten Gebiet nach Kunstgegenstaenden fahnden, kann ich mir vorstellen, dass diese vielleicht in Unkenntnis der Sachlage, vielleicht aber auch aus Neid die Herren Ihres Einsatzstabes in falscher Richtung verdaechtigt haben.

Ich fuehle mich verpflichtet, Ihnen diese Aufklaerung zu geben und Sie bitten, dass es bei diesem Verfahren bleiben kann. Andererseits unterstuetze ich persoenlich ja auch die Arbeit Ihres Einsatzstabes, wo immer ich es kann, und ein grosser Teil der erfassten Kulturgueter ist mit darauf zurueckzufuehren, dass ich durch meine Organe dem Einsatzstab hierbei behilflich sein konnte.

Mit bestem Gruss und Heil Hitler!

Ihr gez. Goering.

H0737-0066

Dok.Nr. 1015 K-PS
(149-PS; USA-369)
(RF - 1336)

F u e h r e r e r l a s s .

Juden, Freimaurer und die mit ihnen verbuendeten weltanschaulichen Gegner des Nationalsozialismus sind die Urheber des jetzigen gegen das Reich gerichteten Krieges. Die planmaessige geistige Bekaempfung dieser Maechte ist eine kriegsnotwendige Aufgabe.

Ich habe daher den Reichsleiter Alfred Rosenberg beauftragt, diese Aufgabe im Einvernehmen mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht durchzufuehren. Sein Einsatzstab fuer die besetzten Gebiete hat das Recht, Bibliotheken, Archive, Logen und sonstige weltanschauliche und kulturelle Einrichtungen aller Art nach entsprechenden Material zu durchforschen und dieses fuer die weltanschaulichen Aufgaben der NSDAP und die spaeteren wissenschaftlichen Forschungsarbeiten der Hohen Schule beschlagnahmen lassen. Der gleichen Regelung unterliegen Kulturgueter, die im Besitz oder Eigentum von Juden, herrenlos oder nicht einwandfrei zu klaerender Herkunft sind. Die Durchfuehrungsbestimmungen ueber die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht erlaesst der Chef desOberkommandos der Wehrmacht im Einvernehmen mit dem Reichsleiter Rosenberg.

Die notwendigen Massnahmen innerhalb der in deutscher Verwaltung befindlichen Ostgebiete trifft Reichsleiter Rosenberg in seiner Eigenschaft als Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete.

gez. Adolf Hitler

Fuehrerhauptquartier, den 1.Maerz 1942

An alle Dienststellen
der Wehrmacht, der Partei und des Staates

H0737-0067

Dok.Nr. 1015 n

Oberkommando des Heeres
Gen.St./Gen.Qu.

H.Qu.OKH., den 30.9.1942

Az.Abt.K.Verw.(Verw.)
Nr.II/11 564/42

Betr.: Einsatz von Sonderkommandos des Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg fuer die besetzten Gebiete im .....

I. Aufgaben:

Der Fuehrer hat mit Erlass vom 1.3.1942 den Reichsleiter Rosenberg in seiner Eigenschaft als "Beauftragter fuer die Ueberwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP" mit der geistigen Bekaempfung der Juden und Freimaurer, sowie der mit ihnen verbuendeten weltanschaulichen Gegner des Nationalsozialismus als den Urhebern des jetzigen Krieges beauftragt. Die planmaessige geistige Bekaempfung dieser Maechte hat der Fuehrer dabei als kriegsnotwendige Aufgabe erklaert. Zu diesem Zweck hat der Fuehrer u.a. angeordnet, dass der "Einsatzstab des Reichsleiters Rosenberg fuer die besetzten Gebiete" in den unter Militaerverwaltung stehenden besetzten Gebieten und in den unter Zivilverwaltung stehenden besetzten Ostgebieten - wozu das Generalgouvernement nicht gehoert - das Recht haben soll:

.....

Von Ausnahmefaellen abgesehen, in denen die Sicherung gefaehrdeter Kulturgueter dringlich ist, wird deren vorlaeufiger Verbleib an Ort und Stelle angestrebt. Hierzu ist gem.Vereinbarung zwischen OKH.Gen. St.d. II/Gen.Qu. und Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg diesem zugestanden worden,

c) im Operationsgebiet des Ostens zur Bewahrung vor Beschaedigung oder Zerstoerung auch solcher Kulturgueter, die nicht unter Ziffer b) fallen - insbesondere Museumsschaetze -, zu bergen bzw. sicherzustellen.

H0737-0068

.....

5. a) Die Sonderkommandos gehoeren zum Wehrmachtgefolge. Sie tragen braune Uniform mit dem Hoheitsabzeichen.

.....

IV. Unabhaengig von den Aufgaben der Sonderkommandos Reichsleiter Rosenberg gemaess Abschnitt I. a,b,c sind die Truppen und alle im Operationsgebiet eingesetzten militaerischen Dienststellen unveraendert angewiesen, wertvolle Kunstdenkmaeler nach Moeglichkeit zu schonen und vor Zerstoerungen oder Beschaedigungen zu bewahren.

H0737-0069

Dok.Nr. 1015 Q

Der Reichsminister
fuer die besetzten Ostgebiete
Nr. 1/1/13/42

Berlin W 35, den 7.April 1943
Kurfuerstenstr. 134

An den
Herrn Reichskommissar fuer das Ostland

R i g a

An den
Herrn Reichskommissar fuer die Ukraine

R o w n o

Betr.: Sicherstellung von Kulturguetern, Forschungsmaterial, und wissenschaftlichen Einrichtungen in den besetzten Ostgebieten.

I.

Mit der Erfassung und einheitlichen Bearbeitung der Kulturgueter, des Forschungsmaterials und der wissenschaftlichen Einrichtungen aus Bibliotheken, Archiven, wissenschaftlichen Instituten, Museen usw., die in oeffentlichen, kirchlichen oder privaten Raeumen vorgefunden werden, habe ich den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg fuer die besetzten Gebiete beauftragt. Der Einsatzstab beginnt, wie im Fuehrererlass vom 1.Maerz 1942 erneut angeordnet, im Einvernehmen mit dem Herrn Generalquartiermeister des Heeres seine Arbeit unmittelbar nach Besetzung der Gebiete durch die kaempfende Truppe und fuehrt sie nach Einrichtung der Zivilverwaltung im Einvernehmen mit den zustaendigen Reichskommissaren bis zur endgueltigen Abwicklung weiter.

.1.....

Eine auf Bergung von Kulturguetern gerichtete Taetigkeit ist nur zulaessig, wenn sie im Einvernehmen mit dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg erfolgt der Einsatzstab ist staendig ueber Art und Umfang der Erhebungen, Arbeitsvorhaben und Massnahmen zu unterrichten.

Alle Dienststellen meines Geschaeftsbereiches werden hiermit angewiesen, Gegenstaende der angegebenen Art nur durch den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg erfassen zu lassen und sich eigenmaechtiger Handlungen grundsaetzlich zu enthalten.

H0737-0070

.....

II.

In besonderen Ausnahmefaellen koennen zur Abwendung drohender Gefahren (z.B.Einsturzgefahr von Gebaeuden, Feindeinwirkung, Witterungseinfluesse usw.) Sofortmassnahmen zur Sicherstellung oder zum Abtransport der Gegenstaende an einen sicheren Ort getroffen werden. In allen Faellen hat die sofortige schriftliche Benachrichtigung meines Einsatzstabes zu erfolgen.

.....

III.

Abschrift dieses Erlasses habe ich dem Herren Generalkommissaren unmittelbar zugehen lassen.

Im Auftrag

gez. Dr. Leibbrandt.

Siegel: Beglaubigt:

gez. Rosa

Bueroangestellte.

H0737-0071

Dok.Nr.1015 V

Geheim!

28.1.1942

An Militaerbefehlshaber in Frankreich, Paris .....
Militaerbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich, Bruessel.

Der Fuehrer hat zugestimmt, dass die gesamten Wohnungseinrichtungen der geflohenen oder noch abreisenden Juden in den besetzten westlichen Gebieten zur Unterstuetzung der Einrichtungen fuer die Verwaltung im Osten beschlagnahmt werden. Die Beschlagnahme ist ordnungsgemaess durchzufuehren. Die beschlagnahmten Gegenstaende werden Reichseigentum. Kunstgegenstaende, kostbare Teppiche und aehnliches sind fuer die im Osten bestehenden Verhaeltnisse fehl am Platze. Sie sind in Frankreich sicherzustellen. Da die Verbringung der beschlagnahmten Einrichtungen in den Osten vor allem eine z.Zt. undurchfuehrbare Transportaufgabe ist, wird es sich zunaechst im wesentlichen nur um eine Sicherstellung der in Frage kommenden Wohnungseinrichtungen fuer das Reich handeln. Die Durchfuehrung der Beschlagnahmung liegt beim Einsatzstab Rosenberg.

F.d.R.d.A.

gez. Unterschr. (unl.)

KV Rat

H0737-0072

1015 - X

Der Reichsminister und Chef
der Reichskanzlei
Rk. 18483 B

Berlin, den 3.Dez. 1941
z.Zt. Fuehrerhauptquartier

An den

Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Herrn Generalfeldmarschall K e i t e l

z.Zt. Fuehrerhauptquartier

Betr.: Verwertung juedischer Wohnungseinrichtungen in den besetzten west-
lichen Gebieten.

Sehr verehrter Herr Generalfeldmarschall!

Der Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete hat dem Fuehrer die in Abschrift anliegende Aktennotiz ueber die Verwertung der Wohnungseinrichtungen geflohener oder noch abreisender Juden in Paris, wie ueberhaupt in den besetzten westlichen Gebieten, fuer die Einrichtung der Verwaltung in den besetzten Ostgebieten vorgelegt. Der Fuehrer hat sich mit dem Vorschlag grundsaetzlich einverstanden erklaert. Ich habe den Reichxminister fuer die besetzten Getgebiete gebeten, sich wegen der Durchfuehrung seines Vorschlages mit Ihnen, dem Reichskommissar fuer die besetzten niederlaendischen Gebiete und der uebrigen beteiligten Stellen in Verbindung zu setzen. Dem Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete habe ich Abschrift dieses Schreibens zugehen lassen; den Reichskommissar fuer die besetzten niederlaendischen Gebiete habe ich gleichfalls verstaendigt.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener
gez. Dr. Lammers

F.d.R.
Berlin, den 14.1.1942
Dr.Marquart Siegel:
SA-Obersturmbannfuehrer

H0737-0073

Dok.Nr.1015 Y

Der Reichsminister und Chef
der Reichskanzlei
Rk.18483 B

Berlin, den 31.Dez.1941
Vossstr. 6
z.Zt. Fuehrer-Hauptquartier

An den

Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete
Herrn R o s e n b e r g

B e r l i n W 35

Rauchstr. 17/18

Betr.: Verwertung juedischer Wohnungseinrichtungen in den besetzten westlichen Ostgebieten.

Sehr geehrter Herr Rosenberg!

Ihre Aktennotiz vom 18.Dez.1941 hat dem Fuehrer vorgelegen. Der Fuehrer hat sich mit dem unter 1 gemachten Vorschlag grundsaetzlich einverstanden erklaert. Abschrift dieses Teils Ihrer Aktennotiz, der sich mit der Verwertung juedischer Wohnungseinrichtungen befasst, habe ich dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht sowie dem Reichskommissar fuer die besetzten niederlaendischen Gebiete mit den in Abschrift anliegenden Schreiben ueberrmittelt. Ich darf Sie bitten, sich wegen der Durchfuehrung Ihres Vorschlages mit Ihnen sowie den uebrigen beteiligten Stellen in Verbindung zu setzen.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener Dr. L a m m e r s.

F.d.R.d.A.
Berlin, den 14.1.1942
gez. Dr.Marcuart
SA-Obersturmbannfuehrer

Siegel:

H0737-0074

Dok. 1015 Z

Aktennotiz fuer den Fuehrer.

Betrifft: Juedisches Eigentum in Frankreich.

Entsprechend dem Fuehrerbefehl ubber Sicherstellung des juedischen kulturellen Besitzes sind eine grosse Anzahl juedischer Wohnungen unbewacht geblieben. Dies hat zur Folge gehabt, dassim Laufe der Zeit viele Einrichtungsgegenstaende verschwunden sind, da naturgemaess eine Bewachung nicht durchgefuehrt werden konnte. Im gesamten Osten hat die Verwaltung furchtbare Wohnungszustaende vorgefunden, und die Moeglichkeiten der Anschaffung sind so beschraenkt, dass praktisch jetzt nichts mehr besorgt werden kann. Ich bitte deshalb den Fuehrer zu genehmigen, dass die gesamten juedischen Wohnungseinrichtungen der geflohenen oder noch abreisenden Juden in Paris, wie ueberhaupt in den besetzten westlichen Gebieten, nach Moeglichkeit zur Unterstuetzung der Einrichtungen fuer die Verwaltung im Osten beschlagnahmt werden.

3.PP

Berlin, den 18.12.1941

F.d.R.d.A.
Berlin, den 14.1.1942

Siegel:

gez. Dr. Marquart
SA-Obersturmbannfuehrer

H0737-0075

Dok.Nr.1058
(USA - 147)

Ro. 24
Defense Exhibit No. .....

Auszugsweise Abschrift aus der Rede Rosenbergs, gefunden in seinen Akten. Gehalten am 2o.6.1941 an die am Ostproblem Beteiligten (Beschuldigt Zwangsverschleppung von Russen in grossen Gebieten)

...."Die Symptome, die wir seit 1939 feststellen mussten trotz der an sich staatlich bedingten Haltung, zeigen, dass die Polemik gegen Deutschland doch nicht aufgehoert hatte. Waehrend die deutsche Presse die Anweisung erhielt, sich zurueckzuhalten, hat man in Sowjetrussland doch immer wieder Ausbruecche gegen das Deutsche Reich verzeichnen muessen. .....

Urspruenglich war die russische Geschichte eine rein kontinentale Angelegenheit. Moskau-Russland lebte 300 Jahre unter tatarischem Joch und sein Gesicht war vorwiegend nach Osten gerichtet. Die russischen Haendler und Jaeger haben diesen Osten bis zum Ural erschlossen, einige Kosakenzuege sind nach Sibirien abgezogen, und diese Kolonisierung Sibiriens ist zweifellos eine grosse Tat der Weltgeschichte gewesen. ....

.... Hier ergibt sich fuer Deutschland als Ziel die Freiheit des ukrainischen Volkes. Sie ist durchaus als politischer Programmpunkt aufzunehmen. men. In welcher Form und in welchem Umfang dann spaeter ein ukrainischer Staat entstehen kann, darueber zu sprechen, hat jetzt noch keinen Sin. .....

..... Dabei ist mit sorgsamer Hand vorzugehen. Das Schrifttum ueber die ukrainischen Kaempfe ist zu foerdern, damit sich das ukrainische Geschichtsbewusstsein wieder beleben kann. In Kiew waere eine Universitaet zu gruenden, Technische Hochschulen aufzubauen, die ukrainische Sprache zu pflegen, die ukrainischen Klassiker, die zum Teil auch in russischer Sprache geschrieben haben, koennten wieder in ukrainischer Sprache gedruckt werden. ...

.....Wenn die Wirtschaftsfuehrung des Reichsmarschalls darauf ausgehen muss, moeglichst viel aus diesem Gebiet herauszuziehen; dann wird sie diese politische Haltung und politische Fuehrung erst recht unterstuetzen koennen; denn es ist ein Unterschied, ob ich 40 Millionen Menschen nach einigen Jahren zur freiwilligen Mitarbeit gewonnen habe oder hinter jeden Bauern einen Soldaten stellen muss. Ich glaube, wenn beide Seiten diese

Notwendigkeiten sehen, dann wird die Politik eine Helferin fuer die Wirtschaftsfuehrung sein und umgekehrt sich die Wirtschaftsfuehrung sehr gut auf die politische Zielsetzung einstellen koennen. .... Das Ziel wird hier nicht sein, einen kaukasischen Nationalstaat zu gruenden, sondern man wird eine foerderative Loesung finden, die mit deutscher Hilfe so weit kommen kann, dass diese Menschen Deutschland vielleicht b i t t e n werden, ihre kulturelle und nationale Existenz zu sichern. Deutschland braucht dabei nicht so vorzugehen wie einst die Russen, die ihre Beamten hinschickten, sondern auch diesen Voelkern kann eine selbstaendige Lebensgrundlage gegeben werden, die eine dauernde Befriedung sichern kann. .....

Neben allen diesen Problemen steht dann eine Frage, die ebenso genereller Natur ist und die wir uns alle ueberlegen muessen, naemlich die Frage des d e u t s c h e n V o l k s e i g e n t u m s . Das deutsche Volkstum hat in diesem Riesenraum jahrhundertelang gearbeitet. Das Ergebnis dieser Arbeit war u.a. ein grosser Landbesitz. Der beschlagnahmte Landbesitz im Baltenland laesst sich vergleichen mit der Groesse von Ostpreussen, der ganze Grundbesitz im Schwarzmeergebiet war so gross wie Wuerttemberg, Baden und das Elsass zusammengenommen. Im Schwarzmeergebiet wurde mehr Land beackert als England unter dem Pflug hat. Diese Groessenverhaeltnisse sollen uns vor Augen halten, dass die Deutschen dort nicht gewuchert und das Volk ausgepluendert, sondern dass sie schoepferische Arbeit geleistet haben. Und das Ergebnis dieser Arbeit ist d e u t s c h e s N a t i o n a l e i g e n t u m ohne Bezug auf fruehere individuelle Besitzer. Wie man das einmal kompensiert, ist jetzt noch nicht zu erwaehnen. Es wird aber von hier aus eine rechtliche Grundlage geschaffen werden koennen. .....

.....Hier muessen wir erklaeren, dass wir auch heute k e i n e Feinde des russischen Volkes sind. Wir alle, die wir die Russen frueher gekannt haben, wissen, dass der einzelne Russe persoenlich ein ausserordentlich liebenswuerdiger und auch kulturfaehiger Mensch ist, der nur jenen charakterlichen Halt des Westeuropaeers nicht besitzt. .....

H0737-0076

..... Unser Kampf um eine Neugliederung erfolgt durchaus auch im Sinne eines nationalen Selbstbestimmungsrechts der Voelker; denn diese Voelker sind ja seit Jahrhunderten, ja Jahrtausenden vorhanden und dann unterjocht worden. Es besteht aber kein Grund, dass diese Unterjochung nun ein ewiges Gottesgesetz sein muss. Das Ziel der deutschen Ostpolitik den Russen gegenueber wird sein, dieses urspruengliche Moskowien auf seine Tradition zurueckzufuehren und mit dem Gesicht wieder nach Osten zu wenden. Der sibirische Raum ist gross und im mittleren Teil fruchtbar. Viele Revolutionaere, die vom russischen Zarentum nach Sibirien geschickt waren, sind ausgezeichnete Menschen gewesen. Die sibirischen Regimenter galten auch im russischen Reich als blutsmaessig gut. Selbst wenn man die Russen abtrennt von jenen Raeumen, die ihnen nicht gehoeren, verbleibt ihnen noch ein groesserer Raum, als ihn je ein anderes Volk Europas besessen hat." .....

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Schriften, die mir in Photokopie vorlagen, wird bestaetigt.
Nuernberg, 30.Maerz 1946 gez. Dr.Alfred Thoma, Ldgdir.
Verteidiger Rosenbergs.

H0737-0077

Dok.Nr. 2889 - PS
(USA - 595)

Ro. 25
Defense Exh.No. .....

Auszug aus dem Aufsatz im Voelkischen Beobachter v. 29.3.1941 Nr. 88 S. 2

Schlussrede bei Eroeffnung des Instituts zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt.

"Fuer Deutschland ist die Judenfrage erst dann geloest, wenn der letzte Jude den grossdeutschen Raum verlassen hat."

Da nunmehr Deutschland mit seinem Blut und seinem Volkstum diese Judendiktatur fuer immer fuer Europa gebrochen und dafuer gesorgt hat, dass Europa als Ganzes wieder frei wird von dem juedischen Parasitismus, da duerfen wir, glaube ich, auch fuer alle Europaer sagen: Fuer E u r o p a ist die Judenfrage erst dann geloest, wenn der letzte Jude den europaeischen K o n t i n e n t verlassen hat.

Es ist dabei ganz gleich, ob ein solches Programm in fuenf, zehn oder zwanzig Jahren verwirklicht werden kann. Die Verkehrsverhaeltnisse unserer Zeit sind, wenn sich alle Voelker vereinigen, stark genug, um eine solche Umsiedlung in grossem Masse einzuleiten und durchfuehren zu koennen. Aber das Problem muss und wird einmal dieser Loesung entgegengefuehrt werden, die wir vom ersten Tage unseres Kampfes an gesehen haben - damals als Utopisten verschrien - und heute als strenge R e a l p o l i t i k e r aussprechen. An der Löesung dieser Frage wird a l l e N a t i o n e n interessiert .....

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestaetigt.
Nurnberg, 20. Maerz 1946 gez. Dr. A. Thoma, Ldgdir.
Verteidiger Rosenbergs.

H0737-0078

Dok.Nr. 004 - PS

Ro. 26
Defense Exh. .....

H0737-0079

Die politische Vorbereitung der
N o r w e g e n - A k t i o n.

(Die in der Darstellung erwaehnten Anlagen sind in der Eingabe forgelassen worden, da sie nur eine spezielle Bedeutung fuer die hier vorliegenden Ausfuehrungen haben. Dem Stellvertreter des Fuehrers ist die Gesamte Darlegung des Falles nebst Anlagen am 17.6.1940 von Reichsleiter Rosenberg uebergeben worden).

Das Aussenpolitische Amt der NSDAP hatte schon vor Jahren Verbindung mit dem Fuehrer der Nasjonal Samling in Norwegen, Vidkun Quisling, aufgenommen . Auf seinen Reisen nach Skandinavien hatte ihn auch der spaeter toedlich verungluckte Leiter des Amtes Norden des Aussenpolitischen Amtes persoenlich aufgesucht.

Als im Jahre 1939 die allgemeine politische Situation bedrohlich zu werden begann, informierte Quisling das Aussenpolitische Amt ueber die Einschaetzung der Lage und ueber die vermutlichen Absichten Grossbritanniens in Bezug auf Skandinavien im Falle eines Konfliktes mit dem Grossdeutschen Reich. Vor der Tagung der Nordischen Gesellschaft in Luebeck war Quisling in Berlin, wo ihn Reichsleiter Rosenberg empfing. Er wies auf die geopolitisch entscheidende Bedeutung hin, die Norwegen im skandinavischen Raum einnimmt, und auf alle jene Vorteile, die im Falle eines Konfliktes zwischen dem grossdeutschen Reich und Grossbritannien jener Macht erwachsen wuerden, welche die norwegische Kueste beherrsche. Er erlaeuterte auch die ausserordentlich geschickte demokratische und insbesondere angelsaechsische Propaganda, die eben auf Grund der wirtschaftlichen Abhaengigkeit Norwegens vom Meere und damit von England fast das ganze Land geschlossen fuer sich gewonnen habe. Da er im Falle eines Konfliktes an die Neutralitaet der kleinen Staaten, wie sie im Weltkrieg 1914 noch bestanden habe, nicht mehr glaube, sondern der Ueberzeugung sei, dass die Staaten in dieser oder jener Weise in den Konflikt hineingezogen werden wuerden, so bat er, vom grossgermanischen Gedanken ausgehende, um die Unterstuetung seiner Partei und Presse in Norwegen. Reichsleiter Rosenberg beauftrage noch Amtsleiter Scheidt, einen Besuch von Quisling und seinem Vertreter Hagelin beim Staatssekretaer Koerner zu vermitteln, von dem Gedanken ausgehend, dass insbesondere vom fliegerstrategischen Gesichtspunkt der Generalfeldmarschall Goering ein besonderes Interesse an dieser Angelegenheit nehmen koennte. Der Besuch beim Staatssekretaer Koerner fand

auch statt. Zugleich uebergab Stabsleiter Schickedanz im Auftrage des Reichsleiters Rosenberg die beiliegende Denkschrift an den Reichsminister Chef der Reichskanzlei Lammers zur Informierung des Fuehrers Ende Mai 1939 (Anlage Nr. 1°.

Nach der Tagung in Luebeck und in Verfolg dieser Angelegenheit unternahm dann Amtsleiter Scheidt eine Urlaubsreise nach Norwegen. Seine Beobachtungen legte er in dem beiliegenden Bericht nieder (Anlage Nr. 2). Noch waehrend seiner Anwesenheit in Deutschland hatte Quisling um eine evtl. kurze sachgemaesse Ausbildung von ihm besonders ausgesuchter zuverlaessiger Parteifunktionaere gebeten. Reichsleiter Rosenberg hatte diese zugesagt und im August 1939 wurde in ...taegiger Kursus fuer 25 von Quisling dazu ausgesuchte Anhaenger der Nasjonal Samling im Aussenpolitischen Schulungshaus der NSDAP in Berlin veranstaltet.

Im September teilte BuergermeisterDr. Winkler mit, dass er Generalfeldmarschall Goering ueber Staatssekretaer Koerner mit der Bearbeitung des finanziellen Teiles der seinerzeit von Quisling vorgetragenen Bitte betraut worden waere. Infolge des Kriegsausbruches des einsetzenden polnischen Feldzuges verzoegerten sich die Entscheidungen (Anlage Nr. 3). Auch fuehrte ein nochmaliger Hinweis des Reichsleiters Rosenberg beim Generalfeldmarschall Goering anlaesslich der Unterredung ueber die Bedeutung Norwegens in Verbindung mit den seinerzeitigen Darlegungen Quislings zu keinen praktischen Folgerungen.

Zu gleicher Zeit verschaerfte sich die im Ostseeraum bemerkbar machende russische Aktivitaet die politischen Spannungen in Norwegen worueber Quisling durch seinen Vertreter in Deutschland das Amt informierte. Der Ausbruch des sowjet-russisch-finnischen Krieges Ende November verstaerkte die deutsch-feindlichen Stroemungen in Skandinavien noch mehr und erleichterte der mit aller Wucht einsetzenden angelsaechsischen Propaganda die Arbeit. Grossdeutschland wurde als ehemaliger Verbuendeter Sowjet-Russlands und der eigentlich am Ungluck Finnlands Schuldige hingestellt, waehrend die Westmaechte gleichzeitig Finnland militaerische Unterstuetzung zusagten, die allein ueber Norwegen und Schweden erfolgen konnte. Die Moeglichkeit einer von Grossbritannien beabsichtigten Besetzung Norwegens

H0737-0080

vielleicht auch Schwedens, um die Blockade gegen Grossdeutschland in der Nordsee praktisch zu schliessen und namentlich auch bequeme Flugzeugstuetzpunkte gegen Deutschland zu gewinnen, begann sich unter dem Vorwand der uneigennuetzigen Finnlandhilfe abzuzeichnen mit dem Ziele, auch die Nordstaaten in eine militaerische Auseinandersetzung gegen Grossdeutschland hineinzuziehen. Durch seinen Vertreter in Deutschland unterrichtete Quisling das Amt ueber diese neuen sich am politischen Horizont abzeichnenden Moeglichkeiten.

Die in Norwegen immer mehr spuerbare Aktivitaet der Alliierten veranlasste dann Quisling wiederum, nach Deutschland zu kommen und seine Besorgnis muendlich zur Sprache zu bringen. Er wurde von Reichsleiter Rosenberg im ersten Drittel des Monats Dezember empfangen, dem er nochmals seine Gedankengaenge entwickelte. In der festen Ueberzeugung, dass ein ehrliches neutrales Verhalten in dem grossen Konflikt auf die Dauer den kleinen Voelkern unmoeglich gemacht werden wuerde und im festen Glauben an den Sieg Grossdeutschlands in dieser auch ideologischen Auseinandersetzung hielt Quisling es fuer seine Pflicht gestuetzt auf eine kleine aber fest entschlossene Minderheit, Norwegens Schicksal an das Grossdeutschlands, als eines neuen Kraftzentrums einer nordisch-germanischen Lebensgemeinschaft zu binden. Dass seine mutige Gruppe die e i n z i g e deutschfreundliche Partei bildete, war uns bekannt. Zugleich hatte sein Vertreter in Deutschland, Hagelin, eine Unterredung zwischen Quisling und dem Grossadmiral R a e d e r vermittelt, die um dieselbe Zeit stattfand. In einem Vortrag beim Fuehrer brachte Reichsleiter Rosenberg noch einmal das Gespraech auf Norwegen und wies insbesondere auf dessen Bedeutung hin, falls die Englaender, um die Blockade zu verschaerfen und unter dem Deckmantel der angeblichen Finnlandhilfe, zu einer vor der norwegischen Regierung geduldeten Besetzung Norwegens schreiten wuerden. Auch Grossadmiral Raeder war auf Grund seiner Unterhaltung mit Quisling auf seine Bitte hin zum Fuehrer bestellt worden. Als Ergebnis dieser Schritte wurde Quisling am 14. und noch einmal am 16. Dezember zur persoenlichen Unterrichtung vom Fuehrer empfangen. In dieser Unterredung betonte derFuehrer

H0737-0081

wiederholt, dassihm politisch eine voellig neutrale Haltung Norwegens wie auch ganz Skandinaviens am liebsten waere. Er habe nicht die Absicht, die Kriegsschauplaetze zu erweitern, um auch andere Nationen in den Konflikt hineinzuziehen. Wenn aber von der feindlichen Seite eine Ausweitung des Krieges vorbereitet wuerde mit dem Ziel, eine weitere Abschnuerung und Bedrohung des Grossdeutschen Reiches durchzusetzen, wuerde er sich natuerlich genoetigt sehen, gegen ein solches Vorgehen zu wappnen. Um der zunehmenden feindlichen Propagandataetigkeit ein Gegengewicht zu schaffen, sagte dann der Fuehrer Quisling eine finanzielle Unterstuetzung seiner auf dem grossgermanischen Gedanken fussenden Bewegung zu. Die militaerische Bearbeitung der nunmehr aufgenommenen Fragen wurde dem militaerischen Sonderstab uebertragen, der Quisling besondere Aufgaben uebermittelte und seine Ansichten einholte (Anlage Nr. 39). Die politische Bearbbeitung sollte Reichsleiter Rosenberg uebernehmen, die finanziellen Unkosten das Auswaertige Amt tragen, wobei der Reichsaussenminister vom Aussenpolitischen Amt fortlaufend informiert werden sollte. Die Aufrechterhaltung der Verbindung mit Quisling wurde Amtsleiter Scheidt uebertragen, der im Verlauf der weiteren Entwicklung dem Marineattaché in Oslo, Korvettenkapitaen Schreiber, zugeteilt wurde. Es wurde die strengste Geheimhaltung der ganzen Angelegenheit angeordnet.

Im Januar fand dann eine Unterredung zwischen Reichsleiter Rosenberg und dem Reichsaussenminister von Ribbentrop statt, in der ausgemacht wurde, dass fuer's erste fuer eine Unterstuetzung von Quisling 200.000 Goldmark in Devisen bereitgestellt werden sollten. Sie sollten in zwei Raten durch den Verbindungsmann Scheidt nach Oslo gebracht und dort Quisling uebergeben werden. Im Auswaertigen Amt erhielt nur Geheimrat von Grundherr Kenntnis von der getroffenen Vereinbarung (Anlage Nr. 3)

Wie nun aus den beiliegenden Aktennotizen hervorgeht, verschaerften sich die von Quisling besondersueber seinen Vertrauensmann und Vertreter in Deutschland, Hagelin, weitergegebenen Meldungen ueber die Moeglichkeit eines aktiven Eingreifens der Westmaechte in Norwegen unter Duldung der

H0737-0082

norwegischen Regierung. Dieser durch Quislings Vertrauensmaenner immer genauer begruendeten Mitteilungen standen dauernd in einem gewissen Gegensatz zu der Auffassung der Deutschen Gesandtschaft in Oslo, die auf den Neutralitaetswillen der damaligen norwegischen Regierung-Nygardsvolk baute und von der verteidigungsbereiten Neutralitaetsabsicht dieser Regierung ueberzeugt war. Das war auch die Auffassung des Auswaertigen Amtes, wie sie aus einer beiliegenden Aktennotiz vom 8.1. in einer Rueck-sprache zwischen Amtsleiter Scheidt und Geheimrat von Grundherr hervor-ging (Anlage 8).

Insbesondere gelang es dem Vertreter Quislings fuer Deutschland, Hagelin, von dem niemand in Norwegen wusste, dass er in engster Beziehung zu Quisling stand, im Kreise der Regierung Nygardsvold Fuss zu fassen und die ungeschminkte Auffassung der Regierungsmitglieder zu hoeren, da sie sich als eine verschworene norwegisch-anlophile Gesellschaft untereinander fuehrten.

In der Aktennotiz vom 13.1. gibt er die ihm gegenueber ausgesprochene Auffassung zweier norwegischer Minister wieder, die eben darin gipfelte, dass Deutschland den Krieg schon verloren hatte und dass Norwegen schon wegen seiner grossen Handelsflotte gar nicht anders koenne, als seine Po-litik auf England einzustellen, im Kriege noch vielmehr als im Frieden. Auch sei das ganze norwegische Volk mit dieser Politik einverstanden (Anlage Nr. 9). In der Nacht vom 16. zum 17. Februar geschah der englische Ueberfall auf die "Altmark" im Joessingsfjord. Das Verhalten der norwe-gischen Regierung in der Altmark-Affaire liess darauf schliessen, dass unter der Hand irgendwelche Vereinbarungen zwischen der norwegischen Re-gierung und den Alliierten getroffen worden waren. Dies wurde auch in dem Sammelbericht von Amtsleiter Scheidt vom 2o.1. bis 2o.2. (Anlage Nr. 11) betont, nachdem er von Hagelin informiert worden war. Hagelin hatte das Gespraech zweier Stortingsabgeordneter abgehoert, wobei der eine Abgeord-nete dem anderen mitteilte, dass das Verhalten der beiden Kommandanten der norwegischen Torpedoboote doch eine "aufgelegte Sache" gewesen waere.

H0737-0083

In demselben Bericht wird auch noch auf das Verlangen der Englaender hingewiesen, Fliegerstuetzpunkte in Norwegen und Handlungsfreiheit in den norwegischen Hoheitsgewaessern zu erhalten. Zwar habe dieses die norwegische Regierung abgelehnt, doch waere dabei vereinbart worden, dass die norwegische Regierung englische Uebergriffe nur mit papierenen Protesten beantworten wuerde. Die Feststellung und Bestaetigung dieser Mitteilungen ist immer wieder ueber Quisling zugebracht worden. Ganz im Gegensatz zu dieser Auffassung verfocht die Gesandtschaft auch nach der Altmark-Affaire die gegenteilige Ansicht und legte sich auf den guten Willen der Norweger fest, wobei der Gesandte den Abschluss des norwegisch-deutschen Wirtschaftsabkommens als ausserordentlich schwerwiegendes Argument fuer seine Auffassung anfuehrte und die norwegische Regierung Nygardsvold schon in einer gewissen Abhaengigkeit vom Grossdeutschen Reich sah (AnlageNr. 11 und ...) Alle diese Berichte wurden staendig von Reichsleiter Rosenberg dem Fuehrer uebergeben. Quisling betonte stets, dass ueber 90 % des Landes zu Entland staenden und e r nur eine Minderheit fuehre, die aber berufen erscheine, s aeter als Repraesentant einer n e u e n norwegischen Nation auf Grund ihrer Einsicht aufzutreten.

Neben einer finanziellen Unterstuetzung, die vom Reich aus in Devisen erfolgte, war Quisling seinerzeit auch eine Lieferung von in Norwegen sofort verwendbarem Material, wie z.B. Kohle und Zucker, als weitere Hilfe in Aussicht gestellt worden. Die Abwicklung dieses Warengeschaeftes sollte in getarnter Form durch eine hier in Deutschland entweder neu aufgezogene Gesellschaft oder aber durch besonders ausgesuchte schon bestehende Firmen erfolgen, waehrend in Norwegen Hagelin als Gegenkontrahend aufzutreten hatte. Hagelin hatte schon mit den einzelnen norwegischen Ministern der Regierung Nygardsvold, wie dem Versorgungs- und Handelsminister in dieser Angelegenheit Ruecksprache genommen und von ihnen die Zusicherung ueber die Genehmigung der Einfuhr von Kohlen erhalten. Zugleich sollten die Kohlentransporte evtl. zur Herbeifuehrung der technischen Moeglichkeiten dienen, eine politische Aktion Quislings in Oslo mit deutscher Hilfe zu lancieren. Quisling beabsichtigte, eine Reihe von ihm ausgewaehlter besonders zuverlaessiger Leute nach Deutschland zu senden, die hier eine kurze militaerische Ausbildung in einem voellig abgeschlossenen Lager erfahren sollten.

H0737-0084

Sie sollten dann als orts- und sprachkundige einem deutschen Sonderkommando zugeteilt werden, das auf den Kohlenschiffen nach Oslo hinuebergeworfen, eine politische Aktion durchzufuehren haette. Der Gedanke Quislings dabei war, sich auf diesem Wege sofort der fuehrenden gegnerischen Maenner in Norwegen einschliesslich des Koenigs zu vergewissern, um einen militaerischen Widerstand in Norwegen von vornherein zu verhindern. Sofort nach dem Beginn dieser politischen Aktion sollte dann auf eine offizielle Bitte Quislings an die Deutsche Reichsregierung die militaerische Besetzung Norwegens vonstatten gehen, wobei der militaerische Aufmarsch schon vollzogen sein musste. Dieser Plan barg ausser dem grossen Vorteil der Ueberraschung eine ganze Reihe von Gefahren in sich, die evtl. sein Misslingen herbeifuehren konnten. Aus diesem Grunde wurde er sehr dilatorisch behandelt, das Vorhaben der norwegischen Seite gegenueber aber nicht abgestritten.

Im Februar d.J. informierte Reichsleiter Rosenberg nach einer Rueck-sprache mit Generalfeldmarschall Goering den Ministerialdirektor im Vierjahresplan, Wohltat, allein von der Absicht, Kohlenlieferungen nach Norwegen an die genannte Vertrauensperson Hagelin vorzubreiten.

s.7 Die naeheren Modalitaeten wurden in einer Unterredung zwischen Ministerial-direktor Wohlthat, Stabsleiter Schickedanz und Hagelin besprochen. Als Wohlthat keine naehren Anweisungen vom Generalfeldmarschall bekam, er-klaerte sich auf Grund einer Rueckspache mit dem Reichsleiter Rosenberg Reichsaussenminister von Ribbentrop bereit, diese Lieferungen ueber sein Amt in die Wege zu leiten. Zugleich wurde in dieser Rueckspache auf Grund eines Vortrages von Reichsleiter Rosenberg beim Fuehrer v reinbart, dass fuer die naechsten drei Monate gerechnet vom 15.Maerz d.J. an Quisling je zehntausend englische Pfund monatlich durch den Verbindungs-mann Scheidt zur Unterstuetzung seiner Arbeit auszuzahlen waeren.

Hagelin war es in der Zwischenzeit gelungen, durch seine Verbin-dungen in Norwegen als Vertrauensmann der Norwegischen Marine mit dem Ankauf von deutschen Flaks ueber das deutsche Marineministerium betraut zu werden. Durch diese Verbindung erhielt er immer mehr Einblick in die eigentlichen Auffassungen und Absichten der norwegischen Regierung

H0737-0085

Nygardsvold undin die von den Alliierten in Norwegen schon eingeleiteten Vorbereitungen. Am 20.Maerz fuehrte er anlaesslich seiner Anwesenheit zu den Verhandlungen ueber die deutschen Flaklieferungen in einem Bericht die fortschreitende Taetigkeit der Alliierten in Norwegen unter Duldung der Regierung Nygardsvold - naeher aus. Nach seinen Mitteilungen untersuchten die Alliierten nunmehr schon die norwegischen Hafenstaedte auf Lande- und Transportmoeglichkeiten. Der damit beauftragte franzoesische Kommandant Kermarrec habe in einem vertraulichen Gespraech dem Obersten Sundlo, Kommandant von Narwik, der auch Anhaenger Quislings ist, ueber die Absichten der alliierten informiert, motorisierte Truppen in Stavanger, Drontheim und evtl. auch Kirkenes zu landen und den Flughafen Sola bei Stavanger zu besetzen (Anlage Nr. 14). Zugleich verschaerfte Hagelin muendlich wie schriftlich seine Warnungen betreffs der zwischen den Alliierten und der norwegischen Regierung unter der Hand getroffenen Vereinbarung, dass bei einer evtl. Besetzung von Hafenstaedten durch die Alliierten sich die norwegische Regierung wie bei der Altmark-Affaire allein mit papierenen Protesten begnuegen wuerde. In seinem Bericht vom 26. Maerz (Anlage Nr. 15) (Anlage Nr. 16) fuehrte er dann noch einmal aus, dass die Rede des norwegischen Aussenministers Koht ueber die norwegische Neutralitaet und seine Proteste weder in London von den Englaendern noch in Norwegen von den Norwegern ernst genommen wuerden, da man genau wisse, dass die Regierung gar nicht die Absicht habe, ernstlich gegen England Stellung zu nehmen. Um sich aber bis zum Schluss Deckung gegenueber Deutschland zu verschaffen, beabsichtigte die Regierung in Norwegen, einen Schiessbefehl zu erlassen. Man wolle damit dokumentieren, dass man alles getan habe, was in seinen Kraeften staende. Es faenden fortlaufende Konferenzen zwischen de Koenig, dem Kommandierenden Admiral und dem auf besonderen Wunsch von England schon im Januar neu ernannten Kriegsminister Luundberg und dem Kronprinzen statt. Eine dem Koenig wie dem Kommandierenden Admiral nahestehende Persoenlichkeit erklaerte Hagelin, dass die von England erwaehnte Aktion absolut unvermeidlich waere, denn es wisse, dass

S.8

es den Krieg nur gewinnen koenne, wenn es ueber die norwegischen Haefen verfuege. Zudem befuerchte man in England eine deutsche Abwehraktion, der man unbedingt zuvorkommen wölle. Es sei auch von London der norwegischen Regierung mitgeteilt worden, dass Deutschland beabsichtige, eine Minensperre von Jutland nach der norwegischen Kueste zu legen. Diesen Plan habe der Aussenminister Koht ungefaehr um den 15.Maerz d.J. in einer Geheimsitzung der aussenpolitischen Kommission im Storting auf Grund einer Meldung aus England enthuellt. Tatsaechlich ist im Zuge der militaerischen Vorbereitungen zur Besetzung Norwegens diese Absicht auch von der deutschen militaerischen Stelle gefasst worden und es ist bis heute noch unerfindlich, auf welche Weise sie in England bekannt geworden ist. Auf Grund aller dieser Nachrichten koenne Quisling seinen Rat, die weitere Entwicklung der Verhaeltnisse Norwegens noch etwas abzuwarten, nicht mehr aufrecht erhalten, sondern er muesse darauf hinweisen, dass eine jede weitere Verzoegerung ein ausserordentliches Risiko bedeute. Dieses war wohl der entscheidendste Bericht, den Hagelin hier abgab und den Reichsleiter Rosenberg sofort dem Fuehrer uebermittelte (Anlage Nr. 15).

Hagelin erhielt noch in Berlin von Oberst Schmundt den Auftrag, baldmoeglichst eine Unterredung zwischen Quisling und einer Obersten des Generalstabes an einem neutralen Ort in die Wege zu leiten. Diese Unterredung fand Anfang April in Kopenhagen statt.

In Bestaetigung aller dieser von Quisling und seinen Vertrauensleuten gemachten Mitteilungen und im Gegensatz zu dieser bis zum Schluss, vertretenen Auffassung der deutschen Gesandtschaft in Oslo und des Auswaertigen Amtes holten dann die Alliierten am 8. April zum ersten Schlage groesseren Ausmasses als Auftakt fuer die von beabsichtigte Besetzung Norwegens aus. In der Nacht vom 7. zum 8. April legten die Minensperren vor der norwegischen Kueste und teilten dieses der Weltoeffentlichkeit mit. Aus Norwegen erfolgten entsprechend den dem Aussenpolitischen Amt der NSDAP stets gemachten Mitteilungen nur stuendlich lauer werdende papierne Proteste. Auf Befehl des Fuehrers ging dann Grossdeutschland nach entsprechender Vorbereitung in der Fruehe des 9.April zum Gegenschlag ueber und besetzte die wichtigsten norwegischen See- und Lufthaefen.

H0737-0087

Ueber die weitere politische Entwicklung in Norwegen selbst berichten die beiliegenden Aktennotizen (Anlagen Nr. 18 bis 30.)

Nachdem die gluecklich Durchfuehrung der militaerischen Besetzung Norwegens gesichert erschien, bestellte der Fuehrer am 25. April Reichsleiter Rosenberg vor der Mittagstafel kurz zu sich. Er informierte ihn ueber den Vorgang der militaerischen Aktion in Norwegen, so das englische Hilfskorps gerade entscheidend geschlagen und wichtige Dokumente für Pisens erbeutet worden waren und eroeffnete Reichsleiter Rosenberg, dass er diesen verwegensten Entschluss, der nun gluecklich seiner Vollendung entgegengehen, auf Grund der durch Reichsleiter Rosenberg vorgetragenen fortlaufenden Warnungen Quislings gefasst habe. Es waere buchstaeblich so gewesen, dass hinter dem Heck des letzten deutschen Transportschiffes im Drontheimfjord schon der Bug der ersten englischen Zerstoerers auftauchte, der die Bedeckung der alliierten Transportflotte bildete und von der deutschen Marine zusammengeschossen wurde.

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgefuehrten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestaetigt.
Nuernberg, den 20.Maerz 1946 gez. Dr. A. Thoma, Lgdir.

Verteidiger Rosenbergs.

H0737-0088

Dokument Nr. L - 221
(USA. - 317)

Ro. 27
Defendant's Exhibit No.

Auszugsweise Abschrift aus dem Dokument L - 221.
Besprechung zwischen Fuehrer, Keitel, Rosenberg, Goering und Lammers vom 16.7.1941.

Fuehrerhauptquartier, 16.7.1941
Bo/Fu.

GEHEIME REICHSSACHE!

Akten vermerk.

Auf Anordnung des Fuehrers fand heute bei ihm um 15 Uhr eine Besprechung mit Reichsleiter Rosenberg, Reichsminister Lammers, Feldmarschall Keitel, mit dem Reichsmarschall und mir statt.

Die Besprechung begann um 15 Uhr und dauerte mit einer Kaffeepause gegen 20 Uhr.

Original Seite 3:

Grundsaetzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen Handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn

erstens beherrschen

zweitens verwaltung und

drittens ausbeuten koennen.

Die Russen haben jetzt einen Befehl zum Partisanen-Krieg hinter unserer Front gegeben. Dieser Partisanen-Krieg hat auch wieder seinen Vorteil: er gibt uns die Moeglichkeit, auszurotten, was sich gegen uns stellt.

Original Seite 4.

Im einzelnen:

Im Baltikum muss jetzt das Gebiet bis zur Duena nach naehere Festlegung mit Feldmarschall Keitel in Verwaltung genommen werden.

Reichsleiter Rosenberg betont, nach seiner Auffassung sei in jedem Kommissariat eine andere Behandlung der Bevoelkerung notwendig. In der Ukraine muessten wir mit einer kulturellen Betreuung einsetzen, wir muessten dort das Geschichtsbewusstsein der Ukrainer wecken, muessten eine Universitaet

H0737-0089

H0737-0090

in Kiew gruenden und dergleichen.

Der Reichsmarschall stellt demgegenueber fest, dass wir doch zunaechst an die Sicherung unserer Ernaehrung denken muessen, alles andere koenne doch erst viel spaeter kommen.

(Nebenfrage: Gibt es ueberhaupt noch eine kulturelle Schicht in der Ukraine oder gibt es Ukrainer gehobenen Standes lediglich ausserhalb des heutigen Russlands als Emigranten?)

Rosenberg faehrt fort, auch in der Ukraine muessten gewisse Selbststaendigkeitsbestrebungen gefoerdert werden.

Original Seite 5:
Ebenso muesste die Krim mit einem erheblichen Hinterland (Gebiet noerdlich der Krim) Reichsgebiet werden; das Hinterland muesse moeglichst gross sein.

Hiergegen hat Rosenberg Beschwerden wegen der dort wohnenden Ukrainer.

(Nebenfrage: Es tritt mehrfach in Erscheinung, dass Rosenberg fuer die Ukrainer sehr viel uebrig hat; er will die alte Ukraine auch erheblich vergroessern.)

Der Fuehrer betont weiter, auch die Wolga-Kolonie muesse deutsches Reichsgebiet werden, ebenso das Gebiet um Baku; es muesse deutsche Konzession werden (Militaer-Kolonie).

Es folgt dann eine laengere Eroerterung ueber die Eignung des Gauleiters L o h s e , den Rosenberg als Gouverneur fuer das Balten-Land vorgesehen hat. R osenberg betont immer wieder, er habe nun schon mit Lohse gesprochen und es waere sehr peinlich, wenn Lohse nicht beauftragt wuerde. den westlichen Teil des Balten-Landes soll K u b e unter Lohse bekommen; fuer die Ukraine hat Rosenberg S a u c k e l vorgesehen.

Demgegenueber betonte der Reichsmarschall die wichtigsten Gesichtspunkte, die zunaechst ausschliesslich fuer uns bestimmt sein koennen;

Sicherung der Ernaehrung, soweit notwendig, der Wirtschaft;

Sicherung der Strassen usw.

Der Reichsmarschall betont, entweder muesse K o c h fuer das Balten-Land in Frage kommen, weil er das Balten-Land genau kenne, oder aber man gebe Koch die Ukraine, die sicherlich Koch am besten bewirtschaften wuerde, weil Koch eben die Persoenlichkeit mit der staerksten Initiative und der besten Vorbildung sei.

Der Fuehrer fragt, ob Kube nicht als Reichskommissar fuer das Moskauer Gebiet in Frage kommen koenne; Rosenberg und der Reichsmarschall meinen, Kube sei dazu zu alt geworden.

Auf nochmalige Vorstellungen erklaert Rosenberg, er befuerchte, dass Koch seinen Direktiven sehr rasch keine Folge leisten wuerde; Koch habe dies im uebrigen schon selbst ausgesprochen.

Original Seite 9:

Auf die Rueckfrage Reichsleiter Rosenbergs erwiderte der Fuehrer, Zeitung - auch z.B. fuer die Ukraine - muessten wieder ins Leben gerufen werden, um die Einwirkungsmoeglichkeit auf die Landesinwohner zu bekommen.

Original Seite 10:

Nebenbei: Der Fuehrer betont, die Taetigkeit von Kirchen kaeme keinesfalls in Frage. Papen habe ihm ueber das Auswaertige Amt schon eine lange Denkschrift geschickt, in der behauptet wuerde, jetzt sei der richtige Augenblick, die Kirchen wieder einzufuehren; dies komme aber keinesfalls in Frage.)

Original Seite 10 (sollte 11. sein)

Reichsminister Dr.Lammers verliest nun die von ihm gefertigten Entwuerfe (siehe Anlage!).

Eine laengere Diskussion setzt ueber die Zustaendigkeit des RFSS. ein; offenbar wird dabei von allen Beteiligten aber auch an die Zustaendigkeit des Reichsmarschalls gedacht.

Der Fuehrer, der Reichsmarschall etc. betonen wiederholt, H i m m l e r solle ja keine andere Zustaendigkeit bekommen, als er sie im Reich habe; dies aber sei unbedingt notwendig.

Der Fuehrer betont wiederholt, in der Praxis werde sich der Streit sehr rasch geben; er erinnert an die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Heer und Luftwaffe an der Front.

Abschliessend wird bestimmt, das Balten-Land solle Ostland genannt werden.

H0737-0091

H0737-0092

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den angefuehrten Abschriften, die mir in Photokopie vorlagen, wird bestaetigt.

Nuernberg, 20.Maerz 1946 gez. Dr. A. Thoma, Ldgdir.

Verteidiger Rosenbergs.